

# Sozialdemokrat

## Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Havlíčkovo nám. 32. | Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 18.— Kč, Telefon 6795, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. Vierteljährlich 48.— Kč, halbjährlich 96.— Kč, ganzjährig 192.— Kč für Deutschböhmen monatlich 120.— öK, für Deutschland 18.— Mk. Postsparkassafonto 57544. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

### Sür das ungarische Proletariat.

Von Sigmund Kunfi (Wien.)

Der Hecker des ungarischen Proletariats Horthy, hat unter dem Eindruck der erfolgten Mobilisierung in der Tschechoslowakei und Jugoslawien Karl Habsburg vertrieben, damit für manche Mächte, denen ein konterrevolutionäres Ungarn, als eine Sicherung gegen den Aufschwung des Reichs und als ein Bollwerk der Reaktion im allgemeinen sehr wertvoll ist, seine Nützlichkeit und Eingliederungsfähigkeit in das konterrevolutionäre-imperialistische Staatensystem bewiesen. Horthy zu retten, das ist heute das vornehmlichste Befahren der Diplomatie der großen Entente.

Horthy und damit das ganze konterrevolutionäre Ungarn zu stützen, an die Stelle der Diktatur die demokratische Republik zu setzen, das ist heute das Ziel für alle demokratischen, alle proletarischen Kräfte in der Welt, aber vor allem in Mitteleuropa eingeschrieben werden müssen. Indem ich für die Brüder, die unter der Horthy-Krone schmachten, einzutreten versuche, bin ich sicher als internationaler Sozialdemokrat zu handeln und die großen, allgemeinen Interessen der Arbeiterklasse in internationaler Maßstäbe zu vertreten. Der Sieg der Konterrevolution in Ungarn war vor zwei Jahren das Signal für alle reaktionären Kräfte der Welt, aus ihrer Reserve hervorzutreten und den Sturm auf gegen die kimmerischen Reste der revolutionären Errungenschaften in ganz Mitteleuropa zu beginnen. Das Beispiel, das Horthy Ungarn gab, wirkte überall anregend; die Widerstände gegen alle politischen und wirtschaftlichen Forderungen des Proletariats wuchsen ins Ungeheuerliche seit dem Tage, seit dem der Galgen, das Kastriemesser und der Horthyknüttel zu den vornehmsten sozialpolitischen Instrumenten in Ungarn wurden. Das Proletariat Mitteleuropas möge dessen eingedenk sein, daß es Horthy war, der seine Wortgefechten auf alle proletarischen Kämpfer losgelassen hatte; Horthy und seine jetzt „Siegreichen“ Offiziere haben all das Schändliche an den Revolutionären, Freiheitkämpfern und Friedensfreunden verbrochen, zu dessen Abwehr das Proletariat vor anderthalb Jahren der Horthy über Ungarn verfügt hat. Das System Horthy kann nur aus der Vorbereitung des Krieges leben. Es ist ein Regierungssystem, das auf Tage zusammenbrechen muß, wenn es wirklich daran ginge, die Waffen aus der Hand zu geben. Es wird also, solange es besteht, ununterbrochen rüsten, damit andere zum Rüsten zwingen und den Frieden im Donauboden und damit in der ganzen Welt ständig bedrohen. Schluß mit Habsburg: war gut und notwendig; aber erst der Schluß mit Horthy kann den Frieden in Mitteleuropa, kann die Republik, die aus der Revolution hervorgegangen sind, sichern. Ohne den Sturz Horthys kann auch die habsburgische Gefahr nicht auf die Dauer gebannt werden, es sei denn, daß die Staaten der kleinen Entente ständig in Kriegsbereitschaft stehen, denn die gesellschaftlichen Kräfte, die die Ungarn für Habsburg werden und wirken, kann Horthy niemals niederwerfen. Das zu bewirken, bedürfen nur die Kräfte der ungarischen Demokratie und die sind von Horthy durch ein Meer von Blut und durch eine Mauer des Hasses für ewig getrennt.

Die Arbeiterschaft will Frieden haben, sie haßt den Krieg. Ist mit vollem Recht mißtrauisch. Aber dieser Friedenswille vermöchte die Mobilisierung nicht zu hindern, heute ist Horthy zum Kriegsführen unfähig, nicht nur weil man auf dem Wege des Scheiterns und der Geheimverhandlungen keine Armee aufstellen kann, die regelmäßig angebauten Armeen die Stirne bieten kann, sondern noch aus zwei Gründen, die man nicht vernachlässigen darf. Der erste Grund ist, daß die soziale und politische Basis der Herrschaft Horthys außerordentlich schwach ist. Es ist ein System, hinter dem nicht soviel Menschen in Ungarn stehen, als Jugoslawien Gewehr an der ungarischen Grenze

### Karl will nicht auf den Thron verzichten.

Er läßt sich lieber hängen...

Preßburg, 29. Oktober. Aus Budapest wird gemeldet: Erzbischof Csernoch ist aus Thurgau ohne Erfolg zurückgekehrt. Karl Habsburg lehnte jedwede Konzeption ab und erklärte, er lasse sich lieber hängen, als daß er auf den Thron verzichte. Er wirt der Regierung Bescheid vor, daß sie sich die Note der Großen Entente falsch interpretiere und die Desertion nicht künfte. In der Note sei von einer Enthronung keine Rede, sondern nur von der Unmöglichkeit der Ausübung der Herrscherrechte. Für den Fall, daß die große Entente die Regierung Bescheid zur Enthronung Karl Habsburgs zwingen würde, wolle Bescheid beauftragt werden.

Preßburg, 28. Oktober. Aus Budapest wird gemeldet: Karl weigert sich, die von der Regierung gestellten Bedingungen anzunehmen. Dieser Widerstand dürfte auf die Unmöglichkeit aller angeblich vorhabenden Hauptarbeiten des Bistums, Andrássy, Károlyi und Graf zurückzuführen sein. Heute nachmittags 5 Uhr findet ein Ministerrat statt, welcher sich hauptsächlich mit der Königsfrage befassen wird. In Regierungskreisen wird konstatiert, daß bis zum heutigen Vormittag kein Ultimatum außer dem Wärmern der großen Entente eingegangen ist.

steht hat. Ungarn wird sich nicht in einen Krieg stürzen, um ein System, das als ein unerträgliches Joch empfunden wird, das den Haß der Arbeiterschaft erweckt hat, den Bauern und Bürgern ausbleich lassen zu lassen, zu schützen und ist bei den Arbeitern in der Tschechoslowakei und den jugoslawischen Bauern keine Kriegsbegeisterung vorhanden, noch viel weniger ist davon bei den ungarischen Bauern etwas zu merken. Er soll sich für das System schlagen, das ihm die Pragerstraße beschert hat? Das ist um die Bodenreform geprellt hat? Das ist das Ausbleichen und die Spaltung und die Wehrlosigkeit anerkennen? Dem Arbeiter vertraut sich Horthy überhaupt nicht unter die Waffen zu rufen, der Bürger, soweit er kein Wehrdienst ist, ist als unverlässlicher höchstens in eine Strafflotte eingeteilt. Der andere Grund, warum heute Horthy nicht kämpfen kann, hängt mit der allgemeinen psychologischen Verfassung der ungarischen Massen zusammen, die sich bei allen entscheidenden Wendungen der neuesten ungarischen Geschichte geoffenbart hat. Die politische Unruhe, die kulturelle Zurückgebliebenheit der gesamten ungarischen Gesellschaft bringt es mit sich, daß diese Gesellschaft in dem Augenblick, wo sie sich eines achtunggebietenden oder nur so erscheinenden Macht gegenüber befindet, ohne Widerstand kapituliert. Ohne den Versuch des Widerstandes siegte die erste ungarische Revolution am 31. Oktober 1918; ohne Widerstand siegte die proletarische Diktatur am 21. März 1919; ohne Widerstand kapitulierten die Räteregierung und die Gewerkschaftsregierung im August von der Konterrevolution. Keine dieser Umwälzungen war blutig, keine mußte Gewalt, um sich durchzusetzen, anwenden. Wie ein Kartenhaus stürzte immer alles zusammen. Es waren vielfach dieselben Leute, die unvermittelt aus der einen Umwälzung in die andere übergingen. Die Konterrevolution ist vielfach schwächer und weniger fundiert, als ihre Vorgänger es waren. Der ungarische politische Opportunismus ist eben unbegrenzt und durch keine politische oder prinzipielle Erwägungen belastet. Wie der Königsreue Horthy seinen königlichen Herrern mit Kanonen besaß, weil dies ihm angeschlossen wurde: so wird die ungarische Konterrevolution ohne Widerstand kapitulieren, wenn sie einen Willen und eine Macht vor sich finden wird, ihre Macht ist darin begründet, daß sie von niemanden freitig gemacht oder in Zweifel gezogen wird.

Am 25. November 1919 wurden in Budapest nach weichen Verhandlungen mit Sir George Cserk, der als der Vertreter förmlicher Entente die Verhandlungen in Budapest

Karl kommt nach Madeira.

London, 29. Oktober. (Reuter.) Die Vorschaukonferenz schlägt Madeira als Exil für den ehemaligen König Karl vor, vorausgesetzt, daß Portugal einverstanden ist. Erlkönig Karl wird im Hafen von Galax an Bord des englischen Kriegsschiffes „Cardiff“ gebracht, auf dem er bis zur endgültigen Entscheidung über sein Schicksal Wohnung nimmt.

Karl kommt nach Madeira.

Preßburg, 27. Oktober. Andrássy, Károlyi und Graf, welche sich in der Umgebung des Königs in Lihany aufhalten, dürften wahrscheinlich nach Budapest kommen. Der Oberstaatsanwalt ließ für sie Räumlichkeiten vorbereiten, die mit eigenen Möbeln versehen sind.

Karl kommt nach Madeira.

Staatsanwaltschaft haben heute die Vorerhebungen gegen die Teilnehmer des Kartpatsches begonnen. Auch der ehemalige Ministerpräsident Stefan Friedrich wurde heute vormittags mehrere Stunden verhört. Das Verfahren wird gegen ihn wegen Hochverrats, Aufruhr und wegen unrechtmäßiger Anwerbung von Insurgenten für ... angehängt.

führte, als Bedingung der Anerkennung der ungarischen Konterrevolutionären Regierung verlaßbar. Als Bedingung der Anerkennung der ungarischen Regierung wird gefordert... daß die Regierung für jeden Ungar die bürgerlichen Freiheitsrechte, mit inbegriffen die Pressefreiheit, das Koalitionsrecht, die freie politische Meinungsäußerung und das freie, ungehindert ausübende allgemeines, geheimes, gleiches Wahlrecht gewährleistet. Der Friedensvertrag steht nicht nur die Grenzen Ungarn fest, verpflichtet es nicht nur zur Abhaltung, sondern fordert die gewerkschaftliche Freiheit für die Arbeiter, die volle politische Gleichberechtigung aller Bürger des Staates, die Niederlegung der Strafverfahren gegen alle politischen „Verbrechen“, die zwischen Kriegsausbruch und der Ratifizierung des Friedensvertrages begangen wurden. Nicht eine einzige dieser Forderungen, die geltendes internationales Recht sind, ist in Ungarn erfüllt worden, nicht eine einzige Stunde gab es in Ungarn eine Regierung, die den Willen der großen Entente ausdrückenden Bedingungen entsprochen hätte. Es ist klar, daß die Erfüllung dieser Bedingungen eben mit der Existenz der ungarischen Konterrevolution in einem solchen Widerspruch steht, daß die Erfüllung ihre Abhandlung bedeuten würde. Die geschichtliche Aufgabe des Proletariats in der jetzigen Krise ist, diese Seite der Angelegenheit mit aller Entschiedenheit zu vertreten und zur Geltung zu bringen. Die proletarischen Parteien aller Länder müssen über diese Sachlage aufgeklärt werden. In allen Parlamenten müssen die Arbeitervertreter die Regierungen vor diese Frage stellen. In Staaten der großen Entente, in Frankreich, England, Italien muß das Proletariat fordern, daß die Regierungen durch ihre diplomatischen Mittel die Erfüllung dieser Bedingungen nicht hindern. In den Ländern, die keinen unmittelbaren Einfluß auf die Entscheidung der großen Mächte haben, muß die moralische Kraft der Forderung in dem Dienst dieser Forderungen gestellt werden. Aber die entscheidende Rolle in diesem Kampfe fällt durch die besonderen Umstände dem Proletariat der tschechoslowakischen Staaten zu. Eine republikanische Front, die aus Budapest über Wien und Prag nach Berlin reicht, aus dieser Krise heimzubringen, ist die erste Aufgabe, die seiner Zeit kommt. Wird diese Rolle durchgeföhrt, dann wird es nicht zum Krieg kommen, den durch sie werden die Friedensbedingungen des ungarischen Volkes zur Geltung gebracht.

### Zur Mobilisierung.

Kaum haben wir die Schrecken des Weltkrieges hinter uns, werden wir schon wieder von Maßnahmen heimgesucht, die die Vorbereitung eines Krieges bedeuten. Durch die teilweise Mobilisierung werden vier Jahrgänge der Wehrpflichtigen unter die Waffen gerufen. Nach der tschechoslowakischen Verfügung gehört die Verfügung der Mobilisierung in die Prerogative des Präsidenten der Republik. Aber man sollte glauben, daß in einem Staate, der sich seiner Demokratie rühmt, wie der tschechoslowakische, die Regierung vor Erlass der Mobilisierungskundmachung sich mit der Vertrauensleuten der Bevölkerung, den Vertretern der politischen Parteien ins Einvernehmen gesetzt hätte. Die Regierung wird wohl die in der Welt vertretenen tschechischen Parteien davon verständigt haben, denn ohne Zustimmung der Regierungsmajorität kann sie nichts tun. Die oppositionellen Parteien, die außerhalb der Koalition stehen, damit also auch die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei, wurden vor dem Erlass der Mobilisierungskundmachung um ihre Meinung nicht befragt; sie hatten keine Gelegenheit, den Willen der Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen. Für die Mobilisierung trägt also lediglich und nur die Regierung die volle Verantwortung, die von den tschechischen Parteien unterstützt wird. Wir haben uns sowohl im außerparlamentarischen Ausschuss des Abgeordnetenhauses, als auch in den Plenarsitzungen des Abgeordnetenhauses und des Senates gegen die Mobilisierung gewendet. Im Senat hat der Vertreter unserer Partei, Genosse Richter, in der Sitzung am 26. Oktober mündlich erklärt: „Wir widersprechen dem Gesetzentwurf an der Mobilisierung und den anderen damit verbundenen Maßnahmen, für die wir die Verantwortung ablehnen.“ Wir haben schließlich in beiden Häusern des Parlamentes selbstverständlich gegen die Regierungserklärung, in welcher die Mobilisierung angekündigt wurde, Mann für Mann gestimmt.

Auf parlamentarischem Boden können die politischen Parteien so wie gegen alle anderen Regierungsmassnahmen auch gegen die Mobilisierung nur reden und stimmen. Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei, neben den Deutschbürgerlichen und Kommunisten in Opposition, alle drei Parteien zusammen, bilden eine Minderheit gegenüber den tschechischen Regierungsparteien, die der Mobilisierung zugestimmt haben. In unserer Presse und in unseren Versammlungen werden wir, so wie bisher, die Forderung nach Rückgängigmachung der Mobilisierung weiter verfolgen. Andere Mittel des politischen Kampfes stehen im Augenblick keiner Partei zur Verfügung. Alle oppositionellen Parteien sind der Auffassung, daß Massenaktionen bei den derzeitigen Machtverhältnissen nicht mit Erfolg geführt werden können. Darum war es unserer Partei, gleich den anderen oppositionellen Parteien unmöglich, die von vielen im Stillen erwartete Parole des Nichtertragens herauszugeben.

In den Kreisen der deutschbürgerlichen Parteien finden sich lumpige Elemente, welche nun eine ebenso grundlose als erbärmliche Setze gegen unsere Partei versuchen. Die ehemaligen Anbeter der kaiserlichen Gewalt, die Annektionisten und Kriegsbegeisterten von 1914, spielen jetzt Revolutionäre. Ihre eigenen parlamentarischen Vertreter haben zur Befolgung der Mobilisierungserlasse aufgegeben. In den Prager bürgerlichen Blättern war am Dienstag in Zeitschrift folgendes zu lesen: „Für Mittwoch Vormittag, vor der Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses, ist eine Sitzung des deutschen parlamentarischen Verbandes in Aussicht genommen, um offiziell Stellung zu den letzten Ereignissen zu nehmen. Die allgemeine Ansicht der Abgeordneten und Senatoren geht da

hin, daß dem Mobilisierungsbefehl unbedingt Folge zu leisten ist. Ebenso hat ganz offiziell der Sprecher des deutschen parlamentarischen Verbandes, Krepel, in der Erklärung, die er namens sämtlicher deutschbürgerlicher Parteien im Abgeordnetenhaus abgegeben hat, klar und deutlich gesagt: „Wir sind nicht in der Lage, gegenüber den von der tschechischen Regierung angeordneten Maßnahmen einen anderen Widerstand zu leisten, als den unserer entschiedensten parlamentarischen Opposition.“ Wenn also irgend ein Deutschbürgerlicher behauptet, daß seine Gesinnungsgenossen gegen die Einrückung sich ausgesprochen haben, so waagt er bewußt eine Lüge. Beim Bierisch revolutionär tun und in der Öffentlichkeit zur Vorhut zu mahnen, das ist die richtige Politik mit dem „doppelten Boden.“

Was sagen nun die Kommunisten, die doch die revolutionäre Tat für sich gepachtet zu haben glauben, zur Frage der Einrückung. In der sogenannten Hochburg des Kommunismus, in Reichenberg, fand am 25. Oktober eine Vertrauensmännerkonferenz statt, in der die „Exreme“ der kommunistischen Vertrauensmänner über die Stellungnahme zur ungarischen Frage beriet. Die Reichssekretärin der kommunistischen Partei, Anna Jozsa, sagte hierbei über die Einrückungen Folgendes: „Wir hätten, wenn wir Populäritätssache betreiben würden, gestern auch die Parole des Nicht-eintrückens herausgeben können, was wir aber nicht taten, weil wir einzig und allein uns vom augenblicklichen Interesse der Arbeiter leiten lassen.“ Die Kommunisten erklären also durch den Mund ihrer Reichssekretärin, daß den Arbeitern nichts anderes übrig bleibe, als einzurücken. Nun ist in manchen Gegenden der Gedanke aufgetaucht, Arbeiterbataillone zu bilden. Auch diese Idee lehnen die Kommunisten ab. Der Kommunist Möller erklärte in der Reichenberger Versammlung wirklich, daß er der Parole der Arbeiterbataillone skeptisch gegenüberstehe. „Diese läßt sich nicht durch schöne Beschlüsse verwirklichen.“ Ein anderer Kommunist namens Jindra sagt: „Nicht einzurücken und Generalstreik heiße Revolution und da müsse doch erst überlegt werden, ob die Lage hierfür schon reif sei.“

So haben sich die Vertreter aller politischen Parteien, die nur ein Quentchen Verantwortung spüren, dahingehend ausgesprochen, daß das Einrücken bei den gegenwärtigen Machtverhältnissen nicht zu verhindern ist. Es würde nur Opfer einzelner Menschen kosten, der Gesamtheit aber keinen Vorteil bringen.

## Die neue Regierung Wirth.

Das Koalitionsministerium Wirth ging, um dafür dem Wirth'schen „Ministerium der Persönlichkeiten“ Raum zu machen. Der Unterschied scheint gering und doch steckt in ihm ein gutes Stück von Deutschlands jüngster, bitterer Vergangenheit und ein noch größerer Teil unheilsvoller Zukunft.

Als der Genfer Entschluß bekannt wurde, verkündeten die Deutschnationalen, das Ministerium Wirth müsse fallen. Wirths Wiedergutmachungspolitik, seine „Nachgiebigkeit“ nach außen und innen habe auf der Voraussetzung

aufgebaut, daß Oberschlesien bei Deutschland bleibe; diese Hoffnung sei jämmerlich betrogen, Wirth hätte verspielt. An seine Stelle müsse ein „aufrechter mutiger Mann“ treten, der es wage, die Genfer Entscheidung rundweg abzulehnen, der sich also auch weigere, einen Kommissar zu den wirtschaftlichen Verhandlungen mit Polen zu entsenden. Dabei rasselten die Herren um Herzt und Westarp ganz vernehmlich mit dem Säbel, kurz, sie wollten sichtlich die glorreich-blamablen Tage des Ultimatum's nochmals emporführen. Nun kann man ja der Bankrotteurpolitik der Deutschnationalen jede gefährliche Dummheit, welche nicht ist, sondern des Volkes Blut zu gefährden droht, also auf die soeben skizzierte, zutrauen. Aber noch wahrscheinlicher ist's, daß es ihnen diesmal weniger auf den Glanz des Säbels und der Helmspitzen als auf den Sturz Wirths ankam. Denn dieser Wirth hatte sich mit den Sozis allzu tief eingelassen und vielleicht gedenkt er nächstens noch gar mit der sozialistischen Forderung von der Erfassung der Goldwerte ernst zu machen. Weil aber unter kapitalistischen Brüdern nichts auf so zartes Verständnis stößt, wie die noch so fein maskierte Angst um die Börse, stießen alle Verteidiger des Geldfades rasch zu der deutschnationalen Kerntruppe. Mit fliegenden Fahnen kamen die Stinnesknechte der Volkspartei; zögernd stampften die Mehrheit des Zentrums und der Demokraten hinterher, deren ängstliches Hin- und Herschwanken zwischen „Prinzipien“ und Manumotoren übrigens köstlich mitanzusehen war, aber schließlich und endlich, sie kamen, kamen alle. Seiner Koalition beraubt, mußte Wirth gehen, doch nun begann die Affenkomödie erst recht: den einzigen Mann zu stürzen, der die Verantwortung zu übernehmen bereit ist, geht leicht; ihn zu ersetzen und statt seiner die schwere Last einer Zustimmung zur Teilung Oberschlesiens auf den Rücken zu nehmen, geht fürchterlich schwer. Die waderen Jäger, die ihn erledigt hatten, schlugen sich alle in die Büsche, keine der den Genfer Entschluß so lärmend ablehnenden Parteien wagte es, diese Wahnsinnspolitik auch in die Tat umzusetzen. Das ist ein Glück für Deutschland und für die Welt und, was das Selbstmitleid ist, für die schußbereiten Rauhhelden ebenfalls. Am Verluste des ober-schlesischen Industriegebietes werden Deutschnationale, Volkspartei, Zentrum und Demokraten unschuldig sein, denn Wirths neues Ministerium ist nicht ihr Ministerium, sondern ein von den Parteien losgelöstes „Ministerium der Persönlichkeiten“. Diese „Persönlichkeiten“ werden die Kasanien aus dem Feuer holen und den letzten, schwerstwiegenden Befehl der Entente erfüllen, dann werden sie denselben Fußtritt bekommen, welchen der Friedensunterhändler Erzberger bekam. Deutschnationale Volkspartei, Zentrum und Demokraten aber werden bei den nächsten Wahlen, deren rasche Durchführung sie offenbar betreiben, mit der Parole vom „berratenen Oberschlesien“ krebzen gehen; auf dieser Basis hoffen sie, vielleicht über eine „breite Koalition“ mit den Mehrheitssozialisten hinüber, einen bürgerlich-kapitalistisch-reaktionären Regierungsbund errichten zu können. Was verschlägt's da, daß Frankreich wegen der Unterhöhnung von Wirths Ansehen bedenklich wird? Daß der „Temps“ schon rät, die Schraube der Sanktionen fester anzuziehen? Daß in Europa die Stimmung des Hasses, des Mißtrauens, des Gewehr-bei-Fuß-Stehens wächst, statt zu verschwinden? Das macht nichts, weniger als nichts! Beginnt doch

dafür der Weizen der Feudalen, der Militäristen, der Großindustriellen und der Merkanten zu blühen, und das ist und bleibt für die großen Herren, denen Verantwortlichkeit stets ein unbekanntes Gefühl war, die alles bestimmende Hauptsache.

## Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien.

Sitzung des Exekutivkomitees in London vom 17. bis 31. Oktober 1921.

Das Exekutivkomitee der I. A. S. P. trat am 17. Oktober 1921 in London im Büro des Sekretariats der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands (I. L. P.) zusammen. Anwesend waren die Büromitglieder Friedrich Adler (Wien), Grimm (Bern), Ledebour (Berlin), Longuet (Paris), Wallhead (Manchester); außerdem die Exekutivmitglieder Braude (Paris), Kaplansky (London, für die Poale Zion) und Shinwell (Glasgow).

Die Beratung war in erster Linie zur Behandlung organisatorischer Fragen einberufen, trat jedoch zunächst in eine eingehende Diskussion der aktuellen politischen Probleme, insbesondere Oberschlesiens und des Burgenlandes ein. Nach ausführlicher Darlegung der Konflikte durch Ledebour und Friedrich Adler sprachen in der Diskussion vor allem die Vertreter Frankreichs und Englands den Wunsch aus, fortdauernd über diese Fragen unterrichtet zu bleiben, damit den sozialistischen Parlamentsfraktionen in den Ententeländern die Fortsetzung des wirksamen Kampfes gegen die Imperialisten im eigenen Lande, die sich als unfähig erwiesen haben, auch nur das von ihnen oktroyierte Friedensdiktat durchzuführen, ermöglicht werde. Die Konferenz billigte einstimmig die Haltung der angeschlossenen Parteien in Deutschland und in Österreich, und forderte sie auf, den Kampf gegen die reaktionären Gelehrten im Interesse des gesamten Weltproletariats unermüdet und energisch weiterzuführen.

Das Exekutivkomitee nahm den Bericht über die in den einzelnen Ländern eingeleiteten Schritte für die Hilfsaktion zu Gunsten des hungernden Rußlands entgegen, konstatierte mit Befriedigung, daß die der I. A. S. P. angeschlossenen Parteien in allen Ländern ihre ganze Kraft im Dienste dieser Aktion eingesetzt und in vielen Ländern einen über alles Erwarteten großen Erfolg erzielt haben. Die Konferenz bedauert es, daß durch den Versuch der Ausnützung der Hilfsaktion zu bolschewistischen Parteizwecken es leider unmöglich wurde, eine vollständige Vereinheitlichung der Sammlungen auf internationaler Basis herbeizuführen. Die Konferenz stimmte einmütig dem vom Sekretariat angeregten Vorschlag bei, die Sammlungen der der I. A. S. P. angeschlossenen Parteien mit den Sammlungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdamer) zu vereinigen.

Das Exekutivkomitee nahm einen schriftlichen Bericht des Auslandskomitees der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands über die Notlage der in den Gefängnissen Rußlands inhaftierten Sozialisten entgegen. Es sind gegenwärtig etwa 1000 Genoffinnen und Genoffen in Gefangenschaft, deren Notlage jetzt, wo der Winter heranrückt, als geradezu grausam erscheint. In manchen Gefängnissen, wie zum Beispiel in Wladimir, besteht die ganze Nahrung der Verhafteten aus 200 Gramm Schwarzbrot täglich, ohne irgend eine weitere Zugabe. Im Gefängnis Orel haben sämtliche politischen Gefangenen, mehr als hundert Personen, Sozialisten und Anarchisten, einen Hungerstreik erklärt, der sechs Tage dauerte. Zwei junge Frauen (die Linke Sozialistenrevolutionäre Jegelskaja und die Parteiloze Euzikowa) haben in ihrer Verzweiflung ihre Wratze mit Petroleum begossen und sie angezündet. Nur mit großer Mühe gelang es, sie aus der brennenden Zelle zu retten und diesen furchtbaren Selbstmord zu vereiteln. Das Exekutivkomitee beschloß, auf die Beiträge der angeschlossenen Parteien aus Rußland vorläufig zu verzichten, um diese Summen der Unterstützung der inhaftierten Genoffen zuzuführen.

Das Exekutivkomitee beschloß gegenüber der kapitalistischen Justiz in Amerika, wie sie insbesondere in der schmachvollen, jedem Rechtsbewußtsein hohnsprechenden Verurteilung der Anarchisten Sacco und Vanzetti neuerlich drastischen Ausdruck gefunden hat, seinen Protest mit den Protesten aller übrigen proletarischen Organisationen zu vereinigen.

Das Exekutivkomitee nahm einen Bericht der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen entgegen und sprach seine Befriedigung über das rasche organisatorische Erstarken dieser wichtigen Institution aus.

Gemäß dem Beschluß, der in der Sitzung des Exekutivkomitees der I. A. S. P. in Frankfurt a. M. am 11. Juli ds. J. gefaßt wurde, folgte das Exekutivkomitee der Einladung des Exekutivkomitees der englischen Arbeiterpartei zu einer informativen Besprechung über die Probleme der internationalen Zusammenfassung der proletarischen Kräfte. Diese gemeinsame Beratung fand am 19. und 20. ds. in der Cayton Hall statt. Es waren von Seite der I. A. S. P. alle in London anwesenden Mitglieder des Exekutivkomitees erschienen, von Seite der Labour Party alle in London anwesenden Mitglieder ihres Exekutivkomitees. Nach einer eingehenden Darlegung des Standpunktes der Labour Party durch den Vorsitzenden Jowett und Tom Shaw fand eine ausführliche Debatte statt, an der sich von Seite der Labour Party auch Ramsay MacDonald und Arthur Henderson beteiligten und in der der Standpunkt der Arbeitsgemeinschaft durch Adler, Longuet und Ledebour dargelegt wurde. Zum Schluß der Konferenz wurden auf Grund des einstimmigen Beschlusses des Exekutivkomitees der I. A. S. P. die Gesichtspunkte der uns angeschlossenen Parteien in folgender Erklärung zusammengefaßt:

**Erklärung**  
der Exekutive der I. A. S. P. in der gemeinsamen Sitzung mit der Exekutive der englischen Arbeiterpartei am 20. Oktober 1921.  
Wir stellen mit großer Befriedigung die vollständige Uebereinstimmung der Exekutive der Labour Party mit unserer Exekutive in der Beurteilung der gegenwärtigen unerträglichsten Lage der internationalen Organisation des Klassenbewußten Proletariats fest. Wir wissen uns einig mit den Vertretern des englischen Proletariats in dem ernstesten Streben der demütigenden Machtlosigkeit des Proletariats auf internationalem Gebiet ein Ende zu machen durch den Aufbau einer allumfassenden Internationalen.

Das Ziel ist gemeinsam, die Unterschiede liegen in der Einschätzung der aktuellen Möglichkeiten und in den Methoden, zu diesem Ziele zu gelangen. Wir sind, im Gegensatz zur Labour Party, der Meinung, daß es sich unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht um neue organisatorische Formen handeln kann, sondern daß die internationale Front des Proletariats vor allem in gemeinsamen Aktionen, in gemeinsamen Klassenkampf erzwungen werden muß. Wir sind daher nicht der Ansicht, daß die Einberufung einer allgemeinen Konferenz in der nächsten Zeit der Stärkung der internationalen Beziehungen dienen könnte, daß sie vielmehr einem späteren Fortschritt zur internationalen Organisation hinderlich im Wege stehen würde. Aber auch für den Fall, daß eine Konferenz, wie sie von der Labour Party in Aussicht genommen wurde, zeitgemäß werden sollte, so könnten wir die vorgeschlagene Basis, als viel zu eng, nicht akzeptieren. Das Ziel der I. A. S. P. ist ein viel weitergehendes, als es im Plane der Labour Party zum Ausdruck kommt. Wir wollen im geeigneten Zeitpunkt alle Kräfte des Klassenbewußten Proletariats zu internationaler Einheit zusammenschließen, während der Vorherrschaft der Labour Party nicht nur die Moskauer angeschlossenen Parteien vorläufig außer Betracht läßt, sondern es zum Beispiel nicht erlaubt, daß für die internationale Aktion unentbehrlichen sozialistischen Parteien Italiens ermöglichten würde, an der Konferenz teilzunehmen. Wir müssen daher weiter mit Ausdauer und Fähigkeit das viel höhere Ziel verfolgen, das die Wiener Konferenz im Februar 1921 unserer Arbeit gesetzt hat.

Die Vertreter der Labour Party haben erklärt, daß die Mitglieder des Exekutivkomitees

## Fenilleton.

### Der Konkurs.

Von Karel Sablitzel.

(Aus dem Tschechischen übersetzt von Rudolf Ruchs.)

Am 21. Oktober sind es hundert Jahre seit der Geburt des bedeutendsten tschechischen Publizisten. In allem, was er tat und schrieb, war er ein Mann des Volkes. Darum hat seine Nation niemals aufgebört, sich mit seinem Wirke zu befassen. Seine Liebe galt den slawischen Brüdervölkern, vor allem den Russen, seine Leidenschaft dem Kampf gegen das reaktionäre und römisch-katholische Wien. Er wurde verhaftet, gefangen, nach Bräun geschickt und starb in jungen Jahren.

Das Kaviel, welches wir heute in deutscher Uebersetzung bringen, ist dem Fragment „Die Tote“ des hl. Wladimir entnommen. Zum besseren Verständnis sei der Inhalt kurz vorausgeschickt: In Rußland herrscht Zar Wladimir; er regiert absolut. Anlässlich seines Namens-tages entsendet er einen Polizeimann zum Gott Berun und bestellt ein Donnerwetter. Berun weigert sich unter tödlichen Ausfällen gegen den Zaren. Er wird daher wegen Majestätsbeleidigung ersten Grades verurteilt und im Dniepr ertränkt. Es entsteht eine gotteslose Zeit. Das Volk beschwört den Zaren, unbedingt einen neuen Gott zu bestellen. Es folgt ein Ministerrot und nach mancherlei Anträgen die Bewerbung der verschiedenen Religionen. Hier endet das Fragment.

Weht ein Wind vom Schwarzen Meere, muß durch Steppen waten; wohl in Kiew erscheinen alle Herren Kandidaten.

Weht ein Wind vom fernen Westen, Staub erfüllt die Gassen. Jede Firma schilt die andre, will selbst alles fassen.

Dieses schreibt der heilige Vater, Siegel wie ein Teller: „Für den orthodoxen Glauben zahl ich einen Heller!“

Unterschied in Kirch' und Kirche, Zar, o lieber Zare! Unsere Kirche ist der Kirchen allerkirchlichst wahr!“

Und des Patriarchen Siegel groß wie eine Schale: „Stürz nicht in des Antichristen lächerliche Falle!“

Unterschied in Kirch' und Kirche, Zar, o lieber Zare! Unsere Kirche ist der Kirchen allerkirchlichst wahr!“

Die Rabbiner ein Botschaft „Schulem, Schulem“ dichten: „Glaub nicht Rom, glaub nicht den Griechen, Moses wird es richten!“

Unterschied in Kirch' und Kirche, Zar, o lieber Zare!

Unsre Kirche ist der Kirchen allerkirchlichst wahr!“

Also auch der Türken Musti eifrig zeigt die Kluue. „Hunde sind es, ohne Glauben, Mohamed vertraue!“

Unterschied in Kirch' und Kirche, Zar, o lieber Zare! Unsere Kirche ist der Kirchen allerkirchlichst wahr!“

Gunde auf dem Hof des Zaren raufen um den Bissen. Andre Sekten noch als diese ihre Fahnen hissen.

Nur der Teufel kennt die Namen; doch wie sie sich ehren, kann man von den Höllkerinnen noch bis heute hören.

Die Vermittler litten damals wahrlich keinen Schaden, Schnaps aus Töpfen ward getrunken zu den Kuchenstaben.

Darum, weil der Handel blühte unter ihrem Walten, blieb der Name „Gottesgeißel“ lang für sie erhalten.

# Standrecht über Slowakei.

## Schärfste Weisungen an das Militär.

Vom Hsch. P.-B. wird uns mitgeteilt: Prag, 29. Oktober. In der ganzen Slowakei wurde das Standrecht verhängt. Zwei Standgerichte sind mit der Aburteilung der verschiedensten Delikte betraut. Die einzige Strafe ist der Tod. Essentielle Versammlung

gen und Ausammlungen sind strengstens verboten. Der Zivilbevölkerung ist es verboten, Waffen zu tragen. Die Schwurgerichtbarkeit ist aufgehoben. Das Militär ist angewiesen, jeder Nichtsfolgeleistung rücksichtslos zu begegnen.

des unter dem Namen Zweite Internationale bestehenden Parteienverbandes bereit seien, ihre Aemter niederzulegen, falls die Exekutive der F. A. S. P. das gleiche tue, und daß sie sogar gewillt seien, die Zweite Internationale überhaupt aufzulösen, wenn dadurch die Einigung des Weltproletariats erleichtert werde. Die Vertreter der F. A. S. P. haben zu einer gleichartigen Erklärung weder eine Vollmacht noch sind sie der Ansicht, daß unter den gegenwärtigen Umständen ein derartiger Schritt unsererseits der Sache der internationalen Einigung dienen könnte. Vielmehr sind wir der Ansicht, die Existenz unserer F. A. S. P. begründe die Hoffnung auf Schaffung einer das gesamte revolutionäre Proletariat umfassenden Internationale.

Unser Standpunkt in der Frage der Möglichkeiten und Methoden der Herstellung einer allumfassenden Internationale ist unzweifelhaft gekennzeichnet in den Beschlüssen der Wiener Konferenz vom Februar 1921 und in dem Brief den wir am 11. Juli 1921 an die Labour Party gesendet haben. Wir schäzen die Schwierigkeiten, die sich der Schaffung einer wirklichen Internationale entgegenstellen, viel höher ein, als es die Exekutive der Labour Party tut, die die weniger komplizierten Verhältnisse in England zum Ausgangspunkt der Betrachtungen nimmt. Trotzdem sind wir überzeugt, daß die Zusammenfassung der proletarischen Kraft zu gemeinsamen Aktionen, insbesondere im Kampf gegen die konterrevolutionären Aspirationen, gegen imperialistische Kriegshetze und Kriegsausbeute, gegen die fortschreitende Verelendung der Arbeiterklasse, gegen die Hungersnot in Rußland usw. in immer steigendem Maße gelingen wird.

Nachdem diese Erklärung der Exekutive der Labour Party auch schriftlich übermittelt worden war, präzisiertere diese ihre Auffassung nochmals, ohne daß die Exekutive der F. A. S. P. Grund zu haben glaubte, die von der Exekutive der Labour Party angeführten Argumente nochmals zu erörtern, da ihre Gesichtspunkte in der oben abgedruckten Erklärung bereits deutlich dargelegt sind.

Die von dem Sekretariat herausgegebenen „Nachrichten der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien“ werden in der bisherigen Form weiter erscheinen und alle Dokumente der F. A. S. P. vereinigen. Die Arbeiten des Exekutivkomitees kommen am Freitag, den 21. Oktober mittags beendigt werden.

### Un unsere Leser.

Wir veröffentlichen heute kommentarlos einige wichtige Meldungen aus amtlichen Quellen. Es ist uns bei den obwaltenden Preisverhältnissen ver sagt, die Nachrichten kritisch zu durchleuchten. Durch die Veröffentlichung solcher uns zugegangener Nachrichten genügen wir einzig und allein einer publizistischen Pflicht. Die Verantwortung für die Richtigkeit der Meldungen fällt den amtlichen Pressestellen zu. Wir ersuchen unsere Leser, allen solchen Meldungen gegenüber die strengste Kritik walten zu lassen.

Die Redaktion des „Sozialdemokrat“.

### Inland.

Minister Udrzal erklärte den Vertretern der Prager Tagespresse gestern unter anderem, daß die Republik sich nicht werde in einen Krieg hegen lassen und daß schon der Präsident der Republik eine Garantie hierfür biete. Vorläufig habe das Wort das Ministerium des Aeußern. „Die teilweise Mobilisierung ist die Beste für die Ordnung und wir werden zufrieden sein, wenn es bei der Beste bleibt“, sagte der Minister. Weiters erklärte der Minister, der deutsch und tschechisch sprach, daß im Heere kein Unterschied der Nationen gemacht werden wird. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes General Ceeck erzählte unter anderem, daß wieder die Schulen zur Bequartierung der Eingrückten Verwendung finden werden.

Die Nahrungsmittelversorgung. Das tschechische Pressbüro meldet: Das Ministerium für Volksernährung macht mit besonderem Erfolge die untergeordneten Behörden aufmerksam, daß, falls sich tatsächlich ein bedenklicher Mangel oder eine plötzliche Verteuerung von Bedarfsgegenständen, insbesondere Lebensmittel, zeigen sollte, sie sofort die entsprechenden Schritte, zu deren Beschaffung zu angemessenen Preisen einzutreten und im Bedarfsfalle das Anforderungsverfahren von zur Verfügung stehenden Vorräten entsprechend der gültigen Regierungsverordnung vom 3. September 1920 betreffend die Versorgung der Bevölkerung vorzuschlagen bzw. einführen sollen. Im Sinne dieser Verordnung kann die politische Behörde auch Vorräte sicherstellen lassen, eventuell ihre Kontribution anordnen. Die Verheimlichung, jegliche Verteuerung sowie die Ankaufung von Vorräten und die Einschränkung des Verkehrs zu dem Zwecke, die Preise in die Höhe zu treiben, werden rücksichtslos auf Grund der zuletzt erlassenen Gesetze über Bücher vom Jahre 1919, respektive als Verbrechen nach dem Gesetze betreffend die Strafakteilungen geahndet werden, wobei

die den Gegenstand einer strafbaren Handlung bildenden Vorräte ohne Entschädigung der Beschlagnahme verfallen. Ebenso wird die Schmutzgelandschaft über die Grenze nach den strengen Vorschriften eines besonderen Gesetzes, bei Verbrechen auch nach dem Standrechte, bestraft werden. Die Bevölkerung muß sich allerdings jetzt selbst aller unüberlegten und überflüssigen Käufe enthalten und den Behörden behilflich sein, daß sie bestimmte und unzweifelhafte Straffälle verfolgen könne.

Enthebung von der Wehrpflicht. Am 26. ds. M. ist im 90. Stüd der S. d. S. u. B. die Regierungsverordnung vom 26. ds. M. ausgegeben worden, durch welche der § 24 des Wehrgesetzes durchgeführt wird. Die Verordnung enthält: Die Umgrenzung des Begriffes der Enthebung, den Umfang der Enthebung in persönlicher Richtung. Die Enthebung kann nur bewilligt werden a) den Angehörigen der Reserve, b) Personen, die nach § 28 B.-G. vorzeitig oder wieder assentiert wurden. (Die Enthebung der zur aktiven Dienstleistung Verpflichteten kann erst nach Ableistung dieser Dienstpflicht erfolgen.) Auch die während der Mobilisierung und im Kriege freiwillig in die Wehrpflicht auf Kriegsdauer gemäß § 12 B.-G. Eingetretenen und Berufs-Militärpersonen können nicht entholten werden. Voraussetzung der Enthebung ist völlige Eignung zu dem Dienst (Beruf), der Grund der Enthebung geben soll und im Mobilisierung-(Kriegs-)falle Unentbehrlichkeit und Unerschicklichkeit, so daß sonst der ordentliche Dienstgang Nachteile erlitt. Unter den die Enthebung begründenden Diensten werden verstanden: a) der Dienst bei Staats- und öffentlichen Aemtern, Anstalten und Unternehmungen; b) der Dienst bei Staats- und Privatbahnen; c) die Beschäftigung in Berg-, Hütten- und Industriebetrieben, die für den Staat oder die Wehrmacht wichtig sind; d) ein Beruf (Beschäftigung), in welchem die diesen Beruf (Beschäftigung) ausübende Person im Interesse der Wehrmacht, des öffentlichen Dienstes oder aus anderen öffentlichen Interessen zu belassen wäre. Die Verordnung enthält die Detailbestimmungen und die Muster für die amtlichen Formulare.

Für Soroth. Abg. Vincenz Mark schreibt uns zu der unter obigen Titel in Nr. 44 vom 21. Oktober erschienenen Notiz: Es ist unwahr, daß ich in Preßburg oder an irgend einem anderen Orte der Slowakei beim Besuche der deutschen Abgeordneten und Senatoren folgendes erklärt habe: „Wir haben bei den Ungarn bisher nur das Eine bemängelt, daß sie statt unter jüdischem Einflusse stehen. Nehmt aber bewundern wir geradezu die Ungarn... Wir verurteilen den Standpunkt der Wiener in der westungarischen Frage. Auf den Friedensvertrag kann man sich nicht als auf eine Rechtsquelle berufen.“ Es ist daher auch die an diese mit fälschlich in den Mund gelegte Erklärung in ihrer Zeitung gekürzte Schlussforderung unrichtig. Wahr ist dagegen, daß ich in „Eisenbrünnel“ bei Preßburg lediglich auf die Begründungsworte eines Preßburger Kollegen im Namen der deutschen Abgeordneten und Senatoren einige Dankesworte erwiderte, die sich weder mit der inneren oder äußeren Politik beschäftigten, sondern nur der Höflichkeit entsprachen.

Eine Frage an den Zensur. Der gestrige „28. Nijen“ verleiht die Meldung von einem Ereignis, dessen Kommentierung unterlag wurde, mit dem Titel „Aufsicht der Deutschen im böhmischen Norden“. Der „28. Nijen“ ist trotz dieser aufreizenden und lägerhaften Marküberschrift nicht beschlagnamt worden. Gekelt die Zensurverbote nur für deutsche und sozialistische Zeitungen?

Die Krone fällt. Was wir vor einigen Tagen voraus sagten, tritt mittlerweile ein. Raum sind die ersten Tage der Mobilisierung vorüber und die tschechische Krone hat bereits im Ausland eine tiefere Bewertung erfahren. An der Züricher Börse kosteten 100 tschechische Kronen am 27. Oktober 5.85 Francs, am 28. Oktober 5.50 Francs, und am 29. Oktober nur mehr 5.10 Francs. Die deutsche Reichsmark hat sich vom 28. auf den 29. etwas erholt. 100 deutsche Mark stiegen in dieser Zeit von 2.97 Francs auf 3.12 Francs. Interessant ist auch, daß die Budapest Krone sich vom 28. auf den 29. während welcher Zeit die tschechische Krone die bereits erwähnte Wertverminderung erfahren hat, behauptete.

Ausschätzungen des Abgeordnetenhauses. Mittwoch, den 2. November, der Budgetauschuss, um halb 11 Uhr vorm.; Donnerstag, den 3. November, der Budget-

auschuss, um 10 Uhr vorm.

Dienstaustritt des deutschen Votschafters. Prag, 29. Oktober. Der außerordentliche Gesandte des Deutschen Reiches, Walter Koch, überreichte heute Vormittag dem Präsidenten der Republik sein Beglaubungsschreiben.

### Bandalismus der Entente.

Neue Zerstörungsforderungen an Deutschland. Berlin, 29. Oktober. (Telegr. d. „Sozdem.“) Der Betrieb der früheren Heeres- und Marine-Werkstätten, die jetzt auch Friedensarbeit verrichten, ist durch die Zerstörungsforderungen der Entente neuerdings aufs schwerste bedroht. Die Entente verlangt, daß zum Beispiel die Wolkswagenwerke zerstört, die Gebäude vernichtet werden. In dem Werke Ehrfurt, wo Jugend- und Sportwaffen hergestellt werden, verlangt die Entente, daß die Werke, in denen über 3000 Arbeiter beschäftigt sind, eingestellt werden. In Spandau wurde die Ausstellung der Wägen und Pressen streng unterzogen, die Verteilung hat die Erfüllung dieser Forderung abgelehnt und die Interalliierten-Kommission an die Reichsregierung verwiesen.

### Der deutsche Protest gegen Oberschlesiens Teilung gegenstandslos.

Paris, 29. Oktober. (N.) Die Votschafterkonferenz hat auf die Note des deutschen Votschafters geantwortet, daß die Alliierten den deutschen Protest gegen die Teilung Oberschlesiens für gegenstandslos und als nicht eingebracht erachten. Die Konferenz nahm zur Kenntnis, daß Deutschland zugestimmt habe, den Beschluß durchzuführen.

### Parteitag der Unabhängigen.

Berlin, 28. Oktober. Das Zentralkomitee der U. S. P. D. hat den nächsten Parteitag für Sonntag, den 8. Jänner 1922 nach Leipzig einberufen.

### Verchenfeld, der Erbe Rahr.

Berlin, 29. Oktober. Der bairische Ministerpräsident Graf Verchenfeld hielt gestern in München auf der Landesversammlung der bairischen Volkspartei eine Rede, über welche die rechtsstehenden Blätter u. a. berichten: Graf Verchenfeld erklärte, sein Kabinett werde in den politischen Bahnen der Regierung Rahr weiter wandeln. Gegen die Ruhestörer, die schon heute in den Gefängnissen Umsturz und Rachepläne schmieden, darf nicht mit falscher Humanität vorgegangen werden. Was die Putschgerüchte von rechts betrifft, so scheinen in Berlin wohl Nachrichtenfabriken zu sein. Bezüglich des Verhältnisses zum Reich sagte Verchenfeld: „Wir müssen trachten, daß die Fehler der Weimarer Verfassung wieder gutgemacht werden. Wir hätten heute die finanziellen und verkehrstechnischen Schwierigkeiten nicht, wenn in Weimar eine richtige föderalistische Auffassung Platz gegriffen hätte. Etwas anderes ist es mit den Beziehungen zu den sozialdemokratischen Parteien. Es ist wichtig, hier einen Trennungstrieb zu ziehen. Wir sehen, daß die Sozialdemokratie auch dort, wo sie zur Herrschaft kommt, nicht die Kraft hat, ihr Programm durchzuführen. Ich möchte auch davor warnen, daß auf Grund unserer Vorkräfte eine schrankenlose Industrialisierung vorgenommen werde.“

### Die Patrioten treibend überall gleich.

Frankfurt, 28. Oktober. Die Gerüchte mehrten sich, daß Clemenceau den französischen Erfolg in d. v. Saarfrage vor allem dem Umstand verdankt, daß er dem Obersten Rate eine gefälschte Adresse vorlegte, in der 150.000 überhaupt nicht existierende Bewohner des Saargebietes dessen Angliederung an Frankreich verlangten. Die Tatsache wird immer mehr bekannt; im Saargebiet selbst verlangt man mit Nachdruck die Abänderung der auf solchen „Grundgebungen des Volkswillens“ beruhenden Vertragsbestimmungen; auch in Frankreich selbst beginnt man diese Dinge unangenehm zu empfinden. Die hauptstädtische Presse glaubt es sich zunächst noch gestatten zu können, keine Notiz davon zu nehmen; in den Randgebieten,

in denen man noch an Frankreichs Ehrenhaftigkeit glaubt, erregt aber die eigenartige Diplomatie Clemenceaus nicht geringes Aufsehen. Die in Metz erscheinende extrem deutschfeindliche „Lothringische Volkszeitung“ schreibt:

„Da Frankreich es nicht nötig hat, zu solchen Mitteln zu greifen, wäre es geboten, diesen Gerüchten auf den Grund zu gehen. Frankreich will im Saargebiet niemandem mit Zwang oder Trug für sich gewinnen. Es ist nicht seine Gewohnheit, mit derartigen Mitteln zu arbeiten. Der Ehrenmittel eines französischen Bürgers ist viel zu hoch, als daß er jemandem zufallen sollte, der nicht aus innerer Überzeugung sich zu Frankreich bekennt. Diese Gerüchte von der gefälschten Saaradresse ist fälschlich; und wenn in ihr etwas Wahres sein sollte, dann können bloß Leute dahinter stecken, die aus sehr falsch verstandenen Patriotismus heraus eine Täuschung unserer Pariser Staatsmänner fertig gebracht hätten. Vorherhand aber wollen wir abwarten, ob und was man von interessierter Seite hierzu sagen wird.“

Wir fürchten, daß die Zeitung, die vom Ehrenmittel eines französischen Bürgers so hoch denkt, sehr lange warten muß. Denn wenn man die Wahrheit eingestehen wollte, so müßte man sich auch entschließen, das Lurchei wieder gutzumachen, das an dem deutschen Lande an der Saar auf Grund einer Fälschung begangen wurde.

### Verzögerung des Ultimatus der Kleinen Entente.

Wien, 29. Oktober. (Telegramm des „Sozialdemokrat.“) Die tschechische Korrespondenz meldet aus Belgrad: Die offiziöse Nachrichtenagentur veröffentlicht eine Mitteilung, wonach die Ueberreichung des Ultimatus infolge der Verzögerung der Antwort Rumäniens und der Notwendigkeit eines neuen Verhandlungsabstausches zwischen den Staaten der Kleinen Entente verschoben wurde. Die jugoslawische Regierung sieht sich dadurch zu keiner Aenderung ihres bisherigen Standpunktes veranlaßt. Die militärischen Vorbereitungen nehmen ihren Fortgang.

### Rumänien rüstet.

Bukarest, 28. Oktober. Die rumänische Regierung bereit einigemal über die durch die Ereignisse in Ungarn geschaffene Lage und über die militärischen Maßnahmen, die sich aus der Situation ergeben. Es wurden Vorbereitungen getroffen, um nötigenfalls an der Grenze einige Divisionen aufstellen zu können.

Bukarest, 26. Oktober. (Sch. P. B.) Die rumänischen Wähler betonen einmütig, daß die Kapitulation Karls noch nicht die endgiltige Erledigung der Habsburger Frage bedeute. Mitteleuropa muß vor neuen Unruhen bewahrt werden. Man muß Garantien haben. „Zndreptarea“ schreibt: Die Kleine Entente muß im Einvernehmen mit der Großen Entente Maßnahmen ergreifen, um die Frage der Habsburger für immer durch die Erklärung zu liquidieren, wodurch Karl definitiv des magyarischen Thrones für verlustig erklärt wird. Weiters muß Magyarien vollkommen abrüsten.

### Karl wird schnell aus Ungarn geschafft.

Die Votschafterkonferenz billigt den Vertrag von Bendig.

Paris, 29. Oktober. Die Votschafterkonferenz hat das Protokoll von Bendig gebilligt und seinen Wortlaut der Kleinen Entente übermittelt. Sie hat Maßnahmen ins Auge gefaßt, um den Erzöng Karl schnellstens aus Ungarn zu entfernen.

### Verhandlungen mit Karl.

„8 orai Ufag“ meldet, daß Erzbischof Eser noch die Verhandlungen fortsetzen wird und daß denselben auch andere Personen hinzugezogen werden.

### Seine Spießgesellen.

Gestern nachts wurden in das Gefängnis der Staatsanwaltschaft Graf Andrásh und Stefan Rakowsky überführt, wo für sie eigene Zellen mit dem größten Komfort eingerichtet wurden. Graf Andrásh erklärte in einem langen Verhöre, daß das, was er unternommen habe, die Folge seiner alten Grundzüge sei. Rakowsky behauptete, daß gegen Graf keine Verhandlung geführt werden wird. Als Grund wird angeführt, daß Graf sehr klug zu Werke gegangen sei, so daß man ihm nichts beweisen könne. Wahrscheinlich ist es aber, daß Graf dem A. als Berater zur Seite gelassen wird.

### Soroth amnestiert.

Budapest, 28. Oktober. (M. T. S. P.) Laut einer Verfügung des Reichsverwesers wurden alle, die durch falsche Nachrichten irreführt wurden, einer Amnestie teilhaftig werden. Daher besteht für jene, die an der Aktion teilgenommen haben, kein Grund zur Befürchtung.

Karls Ehrenwort.

Rom, 28. Oktober. (Tsch. P. B.) Der italie- nische Geschäftsträger in Bern machte am 4. Oktober auf die Möglichkeit eines neuen Bündnisses mit Österreich aufmerksam. Der Präsident des Luzerner Kantons informierte sich direkt in Hartenstein. Karl leugnete in sei- ner Antwort diese Meldungen und gab neuer- lich das Ehrenwort, wie er es nach seiner er- sten Flucht gegeben hatte.

Angriffe magyarischer Banden auf Oesterreich.

Budapest, 29. Oktober. Das ungarische Korrr.-Bureau meldet aus Oedenburg: Die aus Sauerbrunn eingebrochenen österreichischen Truppen sind mit den Aufständischen zusam- mengestoßen. Nach kurzem heftigen Kampfe wurden die Oesterreicher in die Flucht gejagt. Die Aufständischen hatten keine Verluste. Wie- viel Personen österreichischerseits am Kampfe teilnahmen und wieviele Verletzte sie haben, ist unbekannt. Während des Gefechtes schossen die Oesterreicher auf den in Sauerbrunn hal- tenden Personenzug, sodaß dieser vor der Ab- fahrtszeit nach Refsalo dirigiert werden mußte, um dort die regelmäßige Abfahrtszeit abzu- warten.

Hierzu wird dem Wiener R. B. von zuständi- ger Seite mitgeteilt: Am 28. Oktober, gegen 4 Uhr nachmittags, wurden österreichische Pa- trouillen westlich von Sauerbrunn auf österrei- chischem Boden von etwa 20 bewaffneten Ma- gharen angegriffen. Das Feuer wurde erwid- ert. Auf eigener Seite sind keine Verluste zu verzeichnen. Es wurde kein Eisenbahzug ge- schickt und auch nicht beschossen. Die Meldung des R. T. B. zeigt zur Gänze die bekannte tendenziöse Schreibweise, durch die magyari- sches in österreichisches Unrecht umgedeutet werden soll.

Wien, 29. Oktober. (Telegramm des „Sozial- demokrat“.) Heute nachts haben Bandenpatrouil- len mehrmals versucht, bei der Zeitfahrbrücke bei Neubörsel die österreichische Sicherungs- linie zu überschreiten. Sie wurden jedesmal durch Infanteriefeuer zurückgeworfen. Bei den Ban- diten wurden heute Nacht zum ersten Male Scheinwerfer beobachtet. Gestern Abend haben Banditen bei Gerhau nordöstlich von Brud einen Feuerüberfall unternommen, der ebenfalls abgewiesen wurde. Der Gendarmereiposten Rohr- ou hat zwei Banditen gefangen. An der Grenze ist eine rege Banditentätigkeit zu bemerken. In Boetschnig sind 300 Reiter und 400 Mann Infanterie mit einer größeren Anzahl von Ma- schinengewehren angekommen. Auch die Be- obachtungsposten südlich von Kirchschlag stellten erhöhte Bandentätigkeit fest. Im steirischen Abschnitt haben ungarische Ban- den unsere Feldwache östlich von Schiefer be- schossen und gleichzeitig bei Hohenbrunn ange- griffen. Sie wurden durch Infanterie- und Ma- schinengewehrfeuer vertrieben. An mehreren Orten haben die Banden angekündigt, daß in der nächsten Zeit größere Abteilungen eintreffen werden.

Oesterreichs absolute Neutralität.

Wien, 28. Oktober. (R.-B.) In der heutigen Präskonferenz verlas Hofrat Ludwig die offi- zielle Erklärung über die Stellung Oesterreichs in einem etwaigen Konflikte zwischen Ungarn und der kleinen Entente: Es ist Aufgabe der österreichischen Regierung, so wie bisher, ge- gen ein Ubergreifen eventueller Bewegungen unter allen Umständen vorzuzugreifen. Sollte es daher, was wir nicht hoffen zu irgend einem Konflikte zwischen Ungarn und seinen übrigen Nachbarstaaten kommen, so gibt es für Oester- reich nur eine Stellungnahme, die der absolute Neutralität, und es muß alles angewendet werden, daß unser Gebiet unberührt bleibe.

Oesterreich beharrt auf der burgen- ländischen Volksabstimmung.

Wien, 29. Oktober. (Telegramm des „So- zialdemokrat“.) Der Standpunkt der österrei- chischen Regierung in der Frage des Abkom- mens in Venedig ist unänderlich. Das Hauptgewicht wird von der Regierung auf die Garantie für eine unbefristete Abstimmung gelegt. Die Meldung, daß die Vorkonferenz dem Protokoll von Venedig ihre Zustim- mung erteilt habe, ist nicht so aufzufassen, daß das Protokoll in Vausch und Bogen genehmigt worden sei, sondern die Zustimmung ist nur eine prinzipielle.

Budapest, 29. Oktober. (M.M.B.) Der Eisen- bahverkehr nach Oesterreich über Oedenburg ist wieder aufgenommen worden. Mit den übr- igen Nachbarstaaten ist der Verkehr eingestellt.

Steigende Teuerung in Budapest.

Budapest, 28. Oktober. (Tsch. P. B.) Aus Budapest wird gemeldet: Die Teuerung in Bu- dapest steigt rapid. Ein Kilogramm weißes Brotmehl kostet 28 K, schwarzes 18, ein Ei 8 K, 1 Kilogramm Mullermehl 39 K. Die Ausfuhr ist wegen Transportschwierigkeiten eingestellt.

Prozeß gegen Karolji.

Budapest, 29. Oktober. (M.M.B.) Am Mon- tag beginnt vor dem Budapester Gerichtshof der Prozeß gegen den Grafen Michael Karol- ji auf Grund des Gesetzes betreffend die Ver- mögensrechtliche Verantwortung von Bevölke- rungsführern.

Die Konferenz von Portorose.

Portorose, 29. Oktober. (R.-B.) Die Be- ratungen der Konferenz von Portorose wurden heute aufgenommen. In der Eröffnungsitzung wurde Avezzana zum Präsidenten, Fatau und Dent zu Vizepräsidenten gewählt. Es wurde be- schlossen, drei Kommissionen einzusetzen, eine wirtschaftliche, eine für die Post und eine für die Eisenbahnen. Die Vorsitzenden der letz- ten sind Luccioli und Dent. Die Kommissionen werden nachmittags ihre Arbeit beginnen. Die Delegierten der Tschechoslowakei sind angekom- men, sodaß nunmehr alle Staaten vertreten sind.

Internationaler Gewerkschaftskongreß.

Rom, 29. Oktober. (Tsch. P. B.) Die Am- sterdamer Gewerkschaftsleitung beschloß, den nächsten Kongreß der internationalen Arbeiter- gewerkschaften im Monate April 1922 nach Rom einzuberufen.

Frankreichs Kredit für das hungernde Rußland.

Paris, 28. Oktober. (Tsch. P. B.) Der Fi- nanzausschuß der Kammer nahm einen Ent- wurf an, durch den ein Kredit von fünf Millio- nen Francs, davon vier Millionen in Lebens- mitteln, für die Hungernden in Rußland er- öffnet wird. Der Entwurf wird heute der Kammer zur beschleunigten Erledigung vorge- legt werden.

Großer Erfolg Briands im Senat.

Paris, 28. Oktober. (Amtlich.) Der Senat sprach Briand mit 255 gegen 7 Stimmen das Vertrauen aus.

Die italienischen Eisenbahner gegen Moskau.

Rom, 29. Oktober. (A. S.) Der Generalrat der Eisenbahner hat eine Tagesordnung ange- nommen, worin auf die Unmöglichkeit des An- schlusses an die dritte Internationale, der so- genannten Moskauer Roten Gewerkschafts- organisationen verwiesen wird, da sie enge mit der dritten kommunistischen Internationale verbunden ist. In der Resolution heißt es, daß der Anschluß dem Grundsatze der Selbst- verwaltung der politischen Parteien, die auf dem Kongresse in Bologna proklamiert wurde,

Ein Uebereinkommen über Aland.

Stockholm, 28. Oktober. Die Aalandkonvention wurde gestern veröffentlicht. Ihr zufolge ver- pflichtet sich Finnland, die Aalandsinseln nicht zu besetzen. Ebenso ist die Her- stellung, Ein- und Ausfuhr von Waffen und sonstigen Kriegsbedarfes verboten.

Verschiebung der Konferenz von Washington.

Washington, 26. Oktober. (Tsch. P. Amtlich.) Die Eröffnung der Washingtoner Konferenz wird auf den 12. November verschoben.

Japans halbe Staatseinkünfte für den Milita- rismus.

Tokio, 29. Okt. Die japanische Regierung hat in ihrem Budgetentwurf bei einer Gesamtanfor- derung von 800 Millionen Dollars 250 Mill. für die Marine und 165 Millionen für das Landheer vorgesehen. (Dieser Heeresauf- wand Japans gibt den rechten Luftsturz zur Kon- ferenz von Washington. Die Japaner waffnen sich bis an die Zähne. Der Streit um die Aus- beutung des Valtans hat Europa verächtet. Der Kampf um die Vorherrschaft im Stillen Ozean droht der ganzen Kulturwelt mit dem Untergang. D. Red.)

Die Zukunft Ägyptens.

London, 29. Oktober. (Tsch. P.) Das britische Kabinett besaßte sich augenblicklich mit der Ge- samtfrage der zukünftigen Verfassung Ägyptens. Die Grundlage der Erörterung bildete die Er- klärung der Unabhängigkeit Ägyptens und die Abschlaffung des Pro- tektoratens sowie der Abschluß eines dauernden Bündnisvertrages mit dem bri- tischen Reich. Dieser ist im Prinzipie bereits angenommen worden.

Furchtbare Eisenbahnunglück in Italien.

Vercelli, 28. Oktober. Der „Lokalanzeiger“ berichtet aus Rom: Infolge Hochwassers ist die 120 Meter lange Brücke über den Amatofluß bei Reggiolo Calabria eingestürzt, als der Schnellzug Palermo-Rom darüberfuhr. Die Lokomotive und 2 Wagen stürzten in den Fluß. In dem Zuge befand sich auch der Postminister.

Die Reaktion in Belgien.

Erst vier Wochen ist es her, daß der Vertre- ter der belgischen Arbeiterpartei de Brouk- lere die deutschen Rechtssozialisten zu ihrem Beschluß in Gorkly, welcher der Partei den Weg zu Stinnes freimachen sollte, beglück- wünschte. Heute aber sind die belgischen Sozial- demokraten, die nun seit sieben Jahren zu- sammen mit bürgerlichen Parteien in der Re- gierung saßen, selbst ausgeschaltet und von ihren Koalitionsfreunden auf die Straße ge- setzt worden. Und dies just vier Wochen vor den neuen belgischen Parlamentswahlen!

Den äußerlichen Anlaß zu diesem Ka- binettkonflikt bot die Beteiligung des sozial- istischen Ministers Anseele an einer von der Arbeiterpartei veranstalteten antimilitaristi- schen Kundgebung. Diese Tatsache nahm zu- nächst der reaktionäre Minister für Landes- verteidigung Devezze zum Anlaß, sein Ab- schiedsgesuch einzureichen. In einer hierauf am 20. Oktober abgehaltenen Kabinettsitzung er- griff der Ministerpräsident für Devezze Partei und bezeichnete die Beteiligung Anseeles an der sozialdemokratischen Kundgebung als unvereinbar mit der Zugehörigkeit zum Kabi- net, worauf sämtliche sozialdemokratische Mi- nister ihren Austritt aus dem Kabinett er- klärten.

In Wirklichkeit ist der ganze Konflikt von den Bürgerlichen vom Zaun gebrochen und stellt nur einen Teil einer Bewegung dar, welche die belgische Reaktion in der letzten Zeit unter Führung der Großindustrie bewußt und planmäßig gegen die Arbeiterpartei eingeleitet hat. Das geht auch daraus hervor, daß An- seele gelegentlich der Demonstration in La Louviere eine Rede hielt, die man kaum als eine Kampfansage gegen den Nationalismus deuten kann. Sob er doch darin ausdrücklich hervor, daß die Arbeiter an der Spitze des Juges zwei belgische Tricoloren führten und damit kundgeben wollten, daß die belgische Ar- beiterpartei mit ihren roten Fahnen das Vater- land schützen wolle. Ebenso ließ Anseele auch seine Rede in erster Linie in ein Hoch auf Bel- gien auslingen.

Auch die sonstigen Begleitumstände der Kundgebung in La Louviere deuten nicht auf eine Sinneswandlung der belgischen Sozial- demokraten hin. Alle Redner sprachen sich durchweg für die vaterländische Verteidigung aus und ließen keinen Zweifel aufkommen, daß sie in einem neuen Kriegsfall ihre Pflicht gegenüber dem Vaterland mit derselben Be- geisterung erfüllen würden, wie 1914. Man demonstrierte darum auch nicht für Abschaf- fung von stehender Wehrmacht und Wehr- pflicht, sondern lediglich für Herabsetzung der Wehrpflicht auf sechs Monate.

Anders die belgische Bourgeoisie. Sie be- trachtet heute die Verhältnisse in Belgien für derart gefestigt, daß sie hinfort auf die Regie- rungsmitrisse seitens des Proletariats verzich- ten kann. Bisher war ihr diese Unterstützung als unerlässlich erschienen und sie ist darum auch keinen Opfern ausgewichen. Diese Schwäche der Bourgeoisie hat es denn auch der belgischen Partei ermöglicht, dem Parla- ment namentlich auf dem Gebiete der Sozial- politik manche Zugeständnisse abzurufen. Umso- mehr, als die sozialpolitischen Verhält- nisse in Belgien bis zum Kriegsausbruch weit hinter der Entwicklung in anderen Ländern zurückgeblieben waren.

In der letzten Zeit machen sich aber seitens der Großindustriellen immer deutlicher Be- strebungen geltend, die nicht nur den neuen Forderungen des Proletariats ein halt ent- gegenzusetzen, sondern auch die bisherigen Ent- wergenschaften abzubauen verlangten. So hat gerade in den letzten Tagen eine allge- meine Kampagne gegen den Achtstundentag begonnen und auf einer kürzlich stattge- fundenen Sitzung des belgischen Industrie- und Handelsrates hat der Abgeordnete Indus- trielle Straurs offen den Achtstundentag als ein Verbrechen erklärt.

Die Entwicklung in Belgien hat also einen Grad erreicht, welcher auch die belgische Ar- beiterpartei in eine klare und entschiedene Kampfstellung zur Bourgeoisie zwingt und den Reformismus als eine trügerische Illusion enthüllt. Auch die belgische Arbeiterpartei kann darum dem Klassenkampf nicht lange entgehen. Ob sie dies mag oder nicht mag, das Bürger- tum zwingt sie dazu und das fernere Verhalten der belgischen Arbeiterpartei wird zeigen, ob sie diesen Zwang begreift.

Bemerkenswert ist noch, daß, wie das Brüsseler sozialdemokratische Organ „Le Peuple“ jetzt mitteilen kann, schon seit langem an der Schaffung eines bürgerlichen Blocks in Belgien gearbeitet wird. Das ist im Hinblick auf die auf den 20. November angesetzten Pa- rlamentswahlen von großer Bedeutung.

Die Finanzwirtschaft der Ge- meinden.

Die Regelung der Finanzwirtschaft der Ge- meinden wird durch das Gesetz vom 12. August 1921 Nr. 329 und durch das Zuweisungsgesetz vom 12. Oktober 1921 Nr. 334 auf andere Grund- lage gestellt.

Beiden Gesetzen kommt eine besondere Be- deutung zu und es ist zu hoffen, daß in der nächsten Zeit in allen Bezirken die sozial- demokratischen Vorsteher, davon Stellvertreter, die Fraktionsvorsitzenden und die Mitglieder der Finanzkommissionen zu Beratung zusam- menkommen, um über die teilweise tief ein- schneidenden Neuerungen zu sprechen. — In weiterem Verfolg dieser sehr wichtigen An- gelegenheit sollten die maßgebenden Partei- instanzen (Kreis- und Bezirksorganisationen nach Richtlinien der Gesamtpartei) Verkeh- rungen treffen, daß diesen Winter durch Wo- chen in allen bedeutenderen Bezirken Schu- len zur Ausbildung von guten Gemeinde- funktionären, die die Vorteile der neuen Ge- setze rasch und gut anzunehmen verstehen, ge- schaffen werden. Behandelt sollten etwa folgen- de Themen werden:

1. Verwaltungskunde; Wahlgesetz; Wähler- listen; Gemeindeordnung; nationale Frage; übertragener Wirkungsbereich etc.; landw. Klein- paakt; Gesetz über Benennung der Orte, Gassen etc.
  2. Buchhaltung, Inventarisierung, Kontrolle.
  3. Verfassung des Voranschlags und Fi- nanzwirtschaft im Allgemeinen unter beson- derer Berücksichtigung der neuen Gesetze.
  4. Wohlfahrtswesen (Armen- und Jugendfürsorge, Sanitätswesen, Arbeiterschutz, Bäder, Wasserleitung, Wohnungsfürsorge.)
  5. Die Gemeinde als Baubehörde; Straßenpflege, Anlagen; Feuerpolizei.
  6. Sicherheits- und Strafwesen. Kampf gegen Alkoholisimus, Uebertretung der Nacht- ruhe, Sonntagsruhe, Lebensmittelgesetz, Ar- beitszeit etc.
  7. Gemeindebibliothek, Leseräume; Bil- dung; und Vortragswesen. Kino.
  8. Die Ortsräte und ihre Aufgaben.
  9. Gemeindebetriebe. Die Gemeinde als Arbeitgeber.
  10. Wohnungsanforderung; Mieterschutz.
- Damit ist selbstverständlich noch nicht das ganze vielseitige Tätigkeitsfeld restlos bearbei- tet; da wir in den meisten Bezirken infolge Mangel an Lehrkräften nicht in der Lage sein werden, über alle Themen zu lehren, wird mit obigen Punkten, die je nach Umfang drei bis sechs Unterrichtsstunden für brauchbare Popu- larisierung erheischen werden, das Auslangen zu finden sein; für die kleinen und kleinsten Orte sollten wohl, da erfolgversprechender, nach Möglichkeit separate Stunden angehängt wer- den, wo die bedeutend kleineren Aufgaben der- selben unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses der sogenannten politischen zur Ortsgemeinde zu erläutern wären.

Die neuen Gesetze zerfallen in zwei Teile: 1. Bestimmungen über eine planmäßige Wirt- schaftsführung in der Gemeinde sowie weitge- hende Verantwortung der gewählten Gemein- devertreter, 2. in die Sanierungsmaßnahmen.

ad 1. Der Voranschlag muß längstens zwei Monate vor Beginn des Verwaltungsjahres und zwar bestimmt zu diesem Termin fertig sein (diesmal ist das sicher nicht mehr möglich, da nur noch einige Wochen bis zu diesem Zeit- punkt fehlen!); die Aufsichtsbehörde hat auf Einhaltung der Frist zu dringen; bei nicht zeitgerechter Anzeige des geschmächtig beschlos- senen Präliminars an die Steuerbehörde wird die Gemeinde Scha den bei den Zuweisungen erleiden.

Gegen beschlossene Voranschläge besteht 14- tägige Berufungsfrist; bei Errichtung von An- stalten (Gemeindeunternehmungen), die die Gemeinde stark belasten ist die Zulässigkeit des Anrufens der Aufsichtsbehörde vorgegeben. Alle vier Jahre kommt amtliche Kontrolle; spätestens drei Monate nach Ablauf des Rechnungsjah- res ist der Bericht an die unmittelbare Auf- sichtsbehörde vorzulegen.

Der Einfluß des Staates ist dank des Ein- greifens der Abgeordneten gegenüber der Ko- plierungsvorlage bedeutend gesunken, doch hal- er sich ein Einpruchsrecht für den Fall, wo für die Erledigung der im Interesse des Staates zu leistenden Arbeiten nicht genügend Bedeckung vorgesehen ist, gewahrt; die Aufsicht in der Administrativ obliegt den in der Selbst- verwaltung horgesezten Organen.

Die Finanzkommissionen behalten ihre Funktion im Sinne der Novelle zur Gemeinde- ordnung vom Jahre 1919. Doch ist ihr Wir- kungsbereich im § 9 klarer umschrieben. Draf- nisch sind die Bestimmungen über die Haftung durch den Gemeindevorstand und die Gemein- deräte bei Ausgaben, die nicht voranschlags-

gemäß bedeckt erscheinen. Aber diese Bestimmungen müssen sich die verantwortlichen Gemeindeglieder klärend verschaffen, um sich vor Schäden, Strafen oder zumindest vor großen Unannehmlichkeiten zu bewahren.

Die gewählten Funktionäre sind weiter verpflichtet, für eine gewissenhafte Buchhaltung zu sorgen, eventuell diese Arbeiten wenn ein Buchhalter nicht angestellt ist, unter persönlicher Verantwortung selbst zu machen; die Regierung wird übrigens für die Anlage der Bücher Formulare ausarbeiten, um die Einheitlichkeit und leichtere Kontrolle zu ermöglichen.

Den Gemeinden werden 90% der Vermögenssteuer (bisher 40%), die ganze Vermögenswertsteuer (bisher 50%), 10% der staatlichen Abgabe von Immobilien der Lebenden (noch nicht allgemein), die Einhebung von diversen Gemeindeabgaben (§ 33) und die Möglichkeit der Anforderungen von Dienstleistungen (§ 39), wach: Berechtigung vielfach von besonderer Bedeutung sein kann, zugestanden. Der § 26 spricht aus, daß Ruhegeber kostspieliger Gemeindecinrichtungen etc. zu Sonderleistungen herangezogen werden können, was unsichtigen Gemeindeverwaltungen manchen Vorteil bringen wird. § 28 sieht die Einhebung von Gebühren für notwendige Gemeindecinrichtungen (Wasser, Pflaster, Kanal etc.) vor und statuiert die Berechtigung zur Einhebung von Abgaben für Gemeindebeamthandlungen. § 27 bestimmt, daß Gemeinden von Unternehmungen angrenzender Orte die ihnen große Ausgaben verursachen ohne Umlagen von ihnen zu erhalten, die Unternehmung eventuell die Umlagen einhebende Gemeinde vorhalten können, Beiträge an die Gemeinde zu leisten.

Das Ueberweisungsgebot garantiert den Gemeinden 50% der Gebäudesteuer (einschließlich der bedeutend erhöhten Hauskassensteuer, die den kleinen Gemeinden höhere Einnahmen sichern wird); aus den Erträgen der Grundsteuer erhalten die Gemeinden durch 2 Jahre ein Drittel, dann, wenn sie wenigstens 200% Umlagen einheben müssen; nach 2 Jahren fällt die Steuer restlos den Ländern zu.

Von der Umsatz- und Luxussteuer erhalten die Gemeinden 5%, müssen aber an der Einbringung dieser Steuern mitwirken; wenn die Mitarbeit eine bedeutende ist, kann mit Bewilligung der Regierung die Abgabe an die Gemeinde auf 10% erhöht werden.

Die Festsetzung hoher Umlagen, namentlich über 200% bei der Erwerbsteuer und über 300 Proz. bei den übrigen Steuern ist sehr erschwerend, da die Regierung von den hohen Umlagen eine Gefährdung der Staats- und Volkswirtschaft befürchtet. Die bedrängten Gemeinden werden sich also rechtzeitig um andere ergiebige Einnahmen umsehen müssen, welcher Umstand mich zu den eingangs gemachten Vorschlag veranlaßt. Wenn die Gesetze auch nur die vorübergehende Regelung der Finanzwirtschaft der Gemeinden zum Zweck haben, kommt dieser Reform in beiden Punkten doch eine besondere Bedeutung zu. Besonders die Kompliziertheit bei der Uebergangswirtschaft, das Fehlen der Durchführungsvorschriften, die Ungewißheit bezgl. Ergiebigkeit der neuen Einnahmen, lassen es ratsam erscheinen, daß sich unsere verantwortlichen Funktionäre (a u e n d g e n a u) über den Fortgang der angeordneten Dinge informieren, um zeitgerecht und planmäßig das im Gemeindeinteresse Nötige vorzulegen zu können.

Johann Pachel (Turn).

### „Die mitteleuropäische Reaktion und die Kriegsgefahr.“

In nachstehenden Orten finden heute, den 30. Oktober von unseren Organisationen einberufene Versammlungen mit der Tagesordnung „Die mitteleuropäische Reaktion und die Kriegsgefahr“ statt:

- Auffig, „Karodni Dum“ Gr. Wallstr., 9 Uhr Vorm.
- Arnau, Gasthaus „Zur Allee“ (Vertrauensmänner-Versammlung) 2 Uhr.
- Bilim, „Stadt Wien“, Ref. Gen. Dr. Karl Heller, 9 Uhr Vorm.
- Bischhofstein, 10 Uhr Vorm.
- Böhm, Leipa, „Kinosaal“, Ref. Abg. Hansmann.
- Böhm, Rannitz, „Turnhalle“, Ref. Gen. Schweißhart.
- Brieg, „Auf dem zweiten Platz“, Ref. Gen. Dr. Strauß, 9 Uhr Vorm.
- Braunau, „Trautmanns Gasthaus“, 9 Uhr Vorm. (Vertrauensmänner-Versammlung.)
- Dux, „Zum Rudolph“, Gen. Karolium, 9 Uhr Vorm.
- Dobrujan, 9 Uhr Vorm.
- Großpriesen, „Gasthaus zur Krone“, 9 Uhr Vorm.
- Haiha, „Turnhalle“, Ref. Gen. Rögler, Bodenbach.

- Hohenelbe: Gasthaus „Wiener Neustadt“, 3 Uhr. (Vertrauensmänner-Versammlung).
- Karbitz, „Arbeiterheim“, 9 Uhr Vorm.
- Leitmeritz, „Eberestaurations“, 9 Uhr Vorm.
- Marienthal, 2 Uhr Nachm.
- Nies, 8 Uhr Abend.
- Neuern, 10 Uhr, Vorm.
- Oberleutensdorf, Gen. Abg. Uhl, 2 Uhr, Deutsche Turnhalle.
- Plan, 10 Uhr, Vorm.
- Prag, im „Goldenen Kreuzel“, Kajakana.
- Referent Gen. Gen. Wicnowski.
- Ronsperg, 2 Uhr Nachm.
- Staab, 10 Uhr Vorm.
- Tachau, 10 Uhr Vorm.
- Teichow-Bodenbach: Hotel „Stadt Prag“, Referent Gen. Abg. Cermak, 10 Uhr Vormittag.

Trautenau: „Auggarten“, 9 Uhr Vorm. (Vertrauensmänner-Versammlung).  
Weiters finden Versammlungen statt in Buchau, Chobau, Falkenau, Graslitz, Joachimsthal, Karlsbad, Königgrätz, Lobositz, Luditz, Neudorf, Peitschau, Schlaggenwald, Tepl, Weipert.

Montag, den 31. Oktober findet in Teplitz-Turn im Imperatorsaale um 8 Uhr abends eine Volksversammlung statt: Ref. Gen. Dr. Karl Heller

In Schlesien finden nachstehende Versammlungen statt:

- Bemisch: Sonntag, 3 Uhr Nachm. Ref. Gen. Stephan Ditz.
- Freiwaldau: Ref. Gen. Rudolf Sohnhelzer, halb 11 Uhr Vorm.
- Freudenthal: Sonntag, halb 4 Uhr, Arbeiterheim, Ref. Gen. Gen. Linl.
- Jägerndorf: halb 10 Uhr Vorm., „Arbeiterheim“.
- Troppau: Sonntag, 30. Oktober, 3 Uhr, „Arbeiterheim“, Ref. Gen. Rudolf Seeger.
- Wagstadt: halb 5 Uhr, „Arbeiterheim“, Ref. Gen. Hans Foll.
- Wigstadt: halb 8 Uhr abends, Ref. Gen. Rudolf Seeger.

### Tages-Neuigkeiten.

#### 12 Tote und Standrecht in Graslitz.

Die Prekzabteilung des Ministeriums für Nationalverteidigung meldet: Donnerstag um 17 Uhr kam in Graslitz eine militärische Affizienabteilung, bestehend aus 38 Mann und 2 Offizieren an. Am Bahnhof wurde die Abteilung von einer großen Ansammlung der Bevölkerung erwartet, welche die Soldaten mit Lärm empfing, sie umringte, schmähte und mit Steinen bewarf. Die Mannschaft beharrte trotzdem Ruhe und Disziplin und reagierte nicht auf die Insulte. Als die Abteilung unter bedeutenden Hindernissen auf den Marktplatz gelangte, fielen aus den umliegenden Häusern zwei Schüsse. Das war das Signal zu einem Angriff der versammelten Bevölkerung, welche den Soldaten die Gewehre zu entreißen begann. Der Kommandant der Abteilung gab darauf Befehl zum Schießen. Es wurden 12 Personen getötet, 10 verwundet. Zur Sicherung der Ruhe wurde über den politischen Bezirk Graslitz das Standrecht verhängt.

An die Mobilisierten und ihre Angehörigen! Die Welt des Kapitalismus läßt dem arbeitenden Volke nicht Zeit, sich von den unfaßlichen Leiden, den furchtbaren Schäden zu erholen, die das fünf Jahre lange Völkermorden dem Proletariat gebracht hat. Noch bluten unvernarrt die Wunden, kaum war es noch den Arbeitern möglich, wieder wenigstens so wie vor dem unglückseligen August 1914 den Kampf um die Befreiung des Proletariats weiterzuführen — und schon wieder wird ein Teil des arbeitenden Volkes zu waffenführendem Dienst berufen. Es ist die Pflicht jedes Genossen, in diesen schweren Tagen nicht das Gerümpel zu verabsäumen, was der Erhaltung der Arbeiterbewegung, der Fühlungnahme der Proletarier untereinander und zu ihren Organisationen und Einrichtungen dient. Jetzt heißt es doppelt wachsam sein und unsere Kampfmittel mit größter Schärfe und besser Ausnutzung verwenden. Unser trefflichstes Schwert war immer die Presse. Sie hat nunmehr denn je die Pflicht, Wächterin des proletarischen Schicksals. Hüterin der Interessen des arbeitenden Volkes zu sein und alle Mobilisierten und ihre Angehörigen dürfen auf unsere Hilfe jederzeit rechnen. Ununterbrochen muß zwischen der sozialistischen Arbeiterchaft und ihrer Presse die Verbindung aufrechterhalten werden; kein Tag darf vergehen, da wir nicht von Euch allen wissen, kein Tag aber darf auch vergehen, an dem Ihr, die Mobilisierten und ihre Angehörigen, nichts von dem Weiterstreiten der Bewegung, von unseren Arbeiten und Kämpfen erfährt. Gebet darum

Eure Adressen an, damit wir jederzeit zu Euch sprechen können; nennet uns die Orte und Plätze, an denen Ihr Eueren harten Dienst versehen müßt, damit wir dorthin zu Euch kommen können. Wir wollen an keinen von Euch vergessen — vergesst auch Ihr nicht an uns. Treue um Treue!

**Sozialdemokratischer Wahlerfolg in Ronsperg.** Am letzten Sonntag fanden in Ronsperg die Gemeindevahlen statt. Um den Sozialdemokraten den Garau zu machen, haben sich alle Parteien ohne Unterschied der Klasse, Nation Konfession und Stand verschmolzen, so daß eine Allverweltspartei (Bund der Landwirte, arisch, Alldeutsch, jüdische Bürgerpartei und die Christlichsozialen mit den Gewerbetreibenden und Selbstbedienten) zustandekam. Natürlich mühten auch die Tschachen mit Verhalten. So glaubte diese „Partei“, alle Stimmen an sich reißen und dann die alte berühmte Wirtschaft in Ronsperg wieder beginnen zu können. Aber von den 897 gültigen Stimmen fielen auch auf die Sozialdemokraten einige ab, die man gerade in Ronsperg so gerne für tot erklärt hätte. Sie erhielten elf von 30 Mandaten.

**Silbermünzen nach Meterzentnern.** Die Kaschauer Polizei beschlagnahmte Mittwoch auf dem Kaschauer Bahnhof dem Eisenhändler Pollak von der Prager Firma Stoll und Pollak einen Meterzentner Eisen und fünf Kronenmünzen, die er aus Kaschau wegschleichen wollte. Die Polizei ließ auch auf dem Bahnhofe in Wschowitz 34 kg Silbermünzen beschlagnahmen, die er aus Kaschau bereits dorthin geschickt hatte. Ferner stellte die Polizei fest, daß Pollak während des letzten Monats weitere zwei Meterzentner Silbermünzen aus Kaschau ausgeführt hat. Pollak weigert sich, seine Einkaufsquellen anzugeben. Es wurde bei ihm auch ein Betrag von 5000 Kronen in Barem beschlagnahmt.

**Eintragsliste „Astrologie“.** In der letzten Zeit erschienen in verschiedenen Prager Zeitungen Inserate eines „Astrologen“, der gegen Einfindung von drei Kronen versprach, jedem die Zukunft vorherzusagen. Wurde ihm das Geld eingekassiert, so fand er gewöhnlich ein lithographiertes Rärtchen, welches für alle Personen gleich lautete. Darin stand, wer mehr erfahren wolle, müsse nach einem beigelegten Preisfuran zehn bis zwanzig Kronen bezahlen. Die Briefe mit dem Gelde waren Post restante aus Hauptpostamt in Prag zu richten. Auf eine Anzeige hin warteten Detektive beim Hauptpostamt, bis der Wahrsager seine Briefe mit dem Gelde begeben kam. Es gelang ihnen, ihn zu verhaften. Es war dies der dreißigjährige Angestellte Cyril Sobotik. Er hatte 115 Briefe bei sich, in denen 470 K sich befanden. Bei einer Hausdurchsuchung wurde festgestellt, daß Sobotik täglich 100 Briefe besam, sodaß er ein reiches Einkommen hatte. Sobotik gibt dies selbst zu, erklärt aber, daß er nicht wüßte, daß er eine strafbare Handlung begehe. Er wurde wegen Verbrechens des Betruges dem Strafgerichte eingeliefert.

**Ein Beitrag zu allerlei Brandstiftungen.** Die „Prager Presse“ läßt sich bezeichnenderweise aus Belgrad melden:

**Magyarische Brandstiftung in Belgrad?** Aus Belgrad wird uns telegraphisch gemeldet: Seit gestern wütet ein Großfeuer auf dem hiesigen Bahnhof. Da der Brand an mehreren Stellen gleichzeitig ausbrach und am Vortage bereits schon mehrere Wagons und auch Schleppler mit Benzin und Mineralöl brannten, nimmt man allgemein eine magyarische Brandstiftung an.

— man nimmt im allgemeinen magyarische Brandstiftung an ...

**Mobilisierte Privatangehörige.** Die neue Regierungsverordnung über die Aufrechterhaltung der Dienstverhältnisse der Privatangehörigen ist in der Extraausgabe des „Privatangehörigen“ enthalten. Diese Nummer wird in der Redaktion Prag II, Hybernergasse 7, 2. Stock kostenlos verabfolgt. Die Sonderausgabe enthält auch alle Bestimmungen über die Pflichten und Rechte der mobilisierten Angehörigen. Der Zentralverein der Handels- und Industrieangestellten in der 13. Republik Prag II, Hybernergasse 7, 2. Stock teilt alle einschlägigen Informationen. Telefon 4630.

**Die deutschnational-christlichsoziale Vorkriegsfront.** Wir haben vor einigen Tagen berichtet, daß die Kerikalen in Eger Flugzettel verbreiteten, in denen sie die perfide Behauptung ausstellten, die Sozialdemokraten sind für den Krieg. Die Egerer Schwarzen haben nunmehr würdige Nachahmer gefunden: die Deutschnationalen von Eger verbreiteten am Donnerstag Flugzettel, auf denen wüßlich zu lesen stand: Die sozialdemokratischen Führer sind für den Krieg. Sowohl den Christlichsozialen als auch den Deutschnationalen ist es nicht nur darum zu tun, durch diese Verleumdung unsere Führer der sozialdemokratischen Partei zu schaden, sondern sie wollen auf diese Weise auch Wasser auf ihre Mühle treiben. Beide, Deutschnationale und Christlichsoziale, sind gegen den Krieg. Aber aus ganz anderen, entgegenstehenden Gründen wie wir. Sie sind gegen den Krieg und für die Reaktion. Doch die Kerikalen mit den Monarchisten überall sympathisieren, ist erwiesen. Die Deutschnationalen haben sich in der Presse und im Parlament schon genug Blößen gegeben, die ihren verketen Monarchismus aufzeigten. Die Flugzettel, die sie nun in Eger verbreiteten, sind ein neuer Beweis hierfür, den wir uns wohl merken werden.

**Keine Aufklärung über den Mieterschutz.** Während die Gemeinden Karolinenthal, Weinberge und Bizlov in allen Häusern Kundmachungen anschlagen lassen, um die Mieter über den Umfang des Mieterschutzgesetzes aufzuklären, hat der Prager Stadtrat in seiner vorletzten Sitzung einen gleichen Antrag des deutschen sozialdemokratischen Vertreters Professor Dr. Raubnig wegen der angeblich zu großen Kosten zurückgewiesen.

**Zur Feier des 28. Oktober.** Gestern fand zur Feier des 28. Oktober auf dem Alstädter Ring eine Versammlung statt, an der sich die Legionäre, die tschechischen Nationalsozialisten, die tschechischen fortschrittlichen Sozialisten (Modracel-partei) und die tschechischen Sozialdemokraten beteiligten. Der Versammlung ging eine Umlage voraus, an dessen Spitze die Legionäre marschierten.

**Einbruchdiebstähle.** Unbekannte Täter drangen in der Nacht auf den 22. Oktober in die Wohnung der Anna Jaska in Radle bei Rohnau und entwendeten zwei Pelze, vier Teppiche, zwölf Vorhänge, eine Menge Wäsche, im Werte von 60.000 K. — In der Nacht auf Samstag, den 29. brachen unbekanntes Töbe in den Juwelierladen der Anna Brabec in Rohnau ein und stahlen Pretiosen im Werte von 200.000 K.

**Das Auto gestohlet.** Gestern nach neun Uhr vormittags fuhr der Fabrikant Max Kraus aus Prag-Lieben so unvorsichtig mit dem Auto über Altkov, daß er den Schuttdiener Ottomar Rante aus Prag-Kleinseite überfuhr und außerdem die auf dem Gehsteig stehende Rosa Rundenstein an die Wand drückte. Die Rundenstein erlitt nur leichtere Verletzungen, Rante aber starb auf dem Wege zum Krankenhaus. Kraus, der keine Fahrerlizenz hat, wurde verhaftet, das Auto konfisziert.

**Theatre Variete.** Heute, Sonntag, 2 Vorstellungen (Anf. halb 4 und halb 8), zugleich vorletztes Auftreten des gesamten Ensembles. Morgen bereits beginnt Capitain Ransen mit seinen 5 Seelöwen sein hiesiges Gastspiel. Dienstag gänzlich neues sensationelles Programm und Fortsetzung des Gastspiels Capitain Ransen.

### Kleine Chronik.

**Bombenattentat in Budapest.** Mittwoch abends wurde gegen das Gebäude, in welchem die Administration des zum „Uj Ut“ Konzern gehörigen „Magyar Orszag“ untergebracht ist, ein Bombenattentat verübt. Gegen eine Zehnte des in diesem Gebäude befindlichen Cafe „New York“ wurde eine eiförmige Bombe geworfen, die aber nicht explodierte. Der Täter ist entkommen.

**Opfer des Militarismus.** Der Habasweldung zufolge kamen bei der Explosion des Pulvermagazins auf der Festung Santa Elena 20 Mann ums Leben. Einige Hundert Personen wurden verwundet.

### Volksbildungsarbeit und deutschnationale Politik.

Das Bestreben der deutschbürgerlichen Parteien, eine Gesamtorganisation aller Sudetendeutschen zu schaffen, ist wiederholt gescheitert. Auch die Schaffung gelber Gewerkschaften brachte keinen Erfolg. Trotzdem versuchten die deutschnationalen Politiker, auf verschiedenen Wegen, die breiten Massen vor allem die Arbeiter, in ihre nationale Politik einzuspannen. Um die „Völkische Gesamtorganisation“ doch zu erreichen, hat man sich ein neues Tätigkeitsgebiet ausgesucht, um auf einem anderen Wege zum Ziele zu gelangen und das ist die deutsche Volksbildungsarbeit. Die Organisatoren dieser Bewegung arbeiten abseits von dem politischen Geschrei in sehr intensiver Weise. Die Schlagworte für diese Bewegung sind schon geprägt und die Leitfäden werden veratet.

Während deutschnationale Volksbeauftragte in der Nationalversammlung Bülstedel zerschlugen, arbeiteten die Bildungsfunktionäre der deutschen Schutz- und Trutzbünde daran, die Volksbildungsarbeit an sich zu reißen. Diese Tätigkeit auf dem Gebiete der Volksbildungswesen ist in so viele „schöne“ Phrasen eingeleidet, daß man glauben könnte, es wäre diesen Leuten wirklich ernst. Volksbildungsarbeit in der uneigennützigsten Weise zu leisten; wer aber näher hindorht auf dieses dünne Gewühl „echten Heimatslebens“, wird sehr bald den Unterton deutschnationaler Parteipolitik heraus hören. So wurden Volksbildnerwochen veranstaltet, die nichts anderes sind, als das neutrale Mäntelchen, mit dem man die Politik der deutschnationalen Partei verdeckt. Von Zusammenkünften der Volksbildner, die es mit der Volksbildungsarbeit ernst meinen, sollte man erwarten, daß diese Tagungen Beratungen darstellen, in denen man versucht, die Volksbildungsarbeit den Bedürfnissen der modernen Zeit anzupassen und das Gebiet abzusteden, in dem es möglich ist, allen politischen Parteien die Möglichkeit zur Mitarbeit zu bieten. Die Volksbildungsarbeit muß streng neu-

tral sein, denn sobald sie politisch oder national gerichtet ist, wird sie zur Parteisache, zum Politikum. Dies ist, soweit man die Volksbildungsarbeit überblickt, auch schon geschehen.

Vor kurzem fand in Römerstadt eine Volksbildnerwoche statt, in der Professor D. Rühnert über die Gesamtorganisation der Eubetendeutschen sprach. Das Ergebnis davon war, daß Leitfäden aufgestellt wurden, die mit der Volksbildungsarbeit gar nichts zu tun haben. So enthalten die Leitfäden, daß auf politischem Gebiete das Zusammengehen aller deutschen Parteien angestrebt wird, ferner daß auf wirtschaftlichem Gebiete die gewerkschaftliche und genossenschaftliche Zusammenfassung reiflos durchzuführen ist. Daß die Herren dabei an die Gewerkschaften und Genossenschaften der Klassenbewußten Arbeiter gedacht haben, ist wohl nicht anzunehmen. Man kann wohl daraus schließen, daß damit die gelben Gewerkschaften gemeint sind. So sollen nach den Leitfäden alle Schutzvereine zu einem einheitlichen Schutzbund zusammengeschlossen und die Schaffung großer Vereinsverbände vorbereitet werden. Die Turnvereine und auch die Feuerwehren sind als Glieder der Gesamtorganisation zu werben.

Dieses eine Beispiel zeigt, daß die Volksbildnerwochen die Zusammenkünfte deutsch-nationaler Politiker darstellen. Nach außen hin spricht man von Heimatskunst, Heimatspflege, Heimatschule und Heimatsbildung und mit diesen Schlagworten will man bereits Volkskreise in die Ganggruben deutsch-nationaler Parteipolitik treiben. Diese Art von Politik in der Volksbildungsarbeit ist wahrzunehmen, angefangen von der Zeitschrift „Heimatsbildung“ bis zur deutschen Bücherzeitschrift „Bund der Deutschen“ bis zum „Deutschen Kulturverband“.

Wirkliche Volksbildungsarbeit kann nur dann von der Arbeiterschaft anerkannt werden, wenn aus dieser Bewegung jede politische, nationale und klerikale Note ausgeschaltet wird. Und überall dort, wo die Arbeiter in den einzelnen Bezirken und Gemeinden aufgeführt werden, an dieser Volksbildungsarbeit mitzuwirken, kann heute unter den gekennzeichneten Verhältnissen nicht angestimmt werden. Im übrigen sollten Vertrauensmänner dieser Bewegung nicht interesselos gegenüberstehen.

Wertvoller als die Mitarbeit an dieser Art „Volksbildungsarbeit“ ist für uns die Organisation des Bildungswesens. Während bis jetzt die bürgerliche Volksbildungsbewegung ein Befehl deutsch-nationaler Parteipolitik ist, hat die Arbeiterbildung zur Aufgabe, den Massen der arbeitenden Menschen jenes Maß von Wissen zu vermitteln, das sie in der Stand setzt, die Technik der Produktion zu beherrschen und die politische Macht zur Verwirklichung des Sozialismus auszunutzen. Sowie die verstaatlichte Bildungsarbeit die Aufgabe hat, einen Staatsbürgertypus zu erzeugen, wie ihn der Staat für sein staatlich-politisches Sein bedarf, so ähnlich will die freie deutsche Volksbildungsarbeit jenen Typus von Menschen erzeugen, wie ihn die deutschbürgerliche Politik in diesem Staate braucht. Dieses Bestreben wird die deutsche Arbeiterschaft bekämpfen.

### Ruzena Capel.

Von J. J. David.

Die Maskerade, die nicht zu ihm paßte und deren er sich abtun müsse, sowie die leiseste sich nicht so ganz. Denn in eine wunderliche Möglichkeit dazu bestanden, schien er sich geraten.

Es war sehr früher Morgen und neblig. In den kalten Gassen sahen die Saatkrähen und steifen krächzend und mit gepreßten Schnäbeln nieder in seine Stapfen, sowie er einen Schritt vorwärts tat; hinter ihm hüpfen Sperling und Schopflerchen und zuppten gierig, ob sie nichts ergattern könnten. Die Schwaben zogen träg; aber dahinter empfand man die Sonne. Aus jeder Furchen quoll es weißlich auf, betrock das Erdreich wie befruchtend und verflatterte. Wojtech Hermann stapfte, immer mit der gleichen segnenden Handbewegung, über diesen Boden, an dem er doch nicht mehr Anteil hatte wie das gefiederte Gefindel hinter ihm.

Zu schwerer Arbeit, wie hinter dem Pflug, war er noch durchaus nicht zu gebrauchen. Da mußte denn die Ruzena acht geben, daß er sich nicht übernahm. Denn er fühlte die Wiederkehr seiner Kräfte und war also, nicht einmal aus Arbeitseifer, nur zu geneigt, sich nicht zuzutrauen, als er schon vernochte. Einmal stemmte er sich gegen einen schweren Leiterwagen. Das Mädchen sprang herzu und schob ihn unwirksam und dennoch besorgt davon. Er sah sie mit einem eigenen Blick an: erstaunt, dankbar und dennoch frech. Sie hielt ihn mit finsternen Brauen aus. Hernach, in ihrer Kammer, wurde sie rot davor, wenn sie sich seiner erinnerte.

So sehr war man einander gewöhnt, daß keines dieser beiden mehr nach dem Medizinstück des Zusammenseins fragte. Dem Wojtech

## Vor 22 Jahren und jetzt.

Dr. Saffale: „Die stärkste Politik ist die, auszusprechen, was ist!“

Vom 24. bis 29. September 1899 tagte in Brünn der Gesamtparteitag der damals noch „österreichischen“ Sozialdemokratie, auf dem die Partei sich zum erstenmal mit dem österreichischen Nationalitätenproblem beschäftigte und dem eine Resolution der Exekutive zur Beratung vorlag, welche wohl im Verlaufe der Tagung, wie begreiflich, einige Änderungen erfuhr, aber nichtsdestoweniger als der erste Schritt zu einem sozialdemokratischen Nationalitätenprogramm bezeichnet werden muß.

Erinnerungen sind immer heilig und hervorragend lehrreich und so wie die Entwicklung darnach drängte, daß sich die internationale Sozialdemokratie als die Interessenvertretung des Proletariats aller Nationen mit dem für Österreich so unglücklichen Problem beschäftigen mußte, so ist es wieder die Entwicklung, welche die Veranlassung bietet, in den Erinnerungen zu kramen, um aus diesen heraus hüben und drüben zu lernen. Eines muß dabei im Vorhinein festgehalten werden: Chauvinismus in seiner heutigen, durch den Siegertaumel häßlich gesteigerten Eigenart war bei den Vertretern aller in Österreich vertretenen Nationen, welche dazu das Wort ergriffen, nicht zu finden, trotzdem alle darin einig waren, die nationale Eigenart müsse aufrechterhalten und die kulturelle Entwicklung jeder Nation gewährleistet werden, um ein friedliches Nebeneinanderleben zu ermöglichen, und weil in dem geistigen Konkurrenzkampf alle von einander lernen können, wodurch die Aufnahmefähigkeit für den wissenschaftlichen Sozialismus bedeutend gesteigert würde.

Unser verstorbener Genosse Seliger, der immer ein tüchtiger Beurteiler der Nationalitätenfrage gewesen, war Referent und er legte Betonung besonders darauf, „daß der Nationalitätenkampf zum größten Teil auf dem Rücken der Arbeiterschaft ausgetragen wird, und die Arbeiter es sind, die die Kosten dieses Kampfes fast ausschließlich zu tragen haben.“

Und gewiß hat seine weitere Feststellung: „Die Nationalitätenfrage darf vor allem nicht als Machfrage, sondern muß als eine Kulturfrage aufgefaßt werden,“ heute in der Tschechoslowakei mehr denn je Geltung. Und förmlich prophetisch klingen seine Worte: „Wenn wir die nationalen Minderheiten einfach schuflos preisgeben würden, so würde der Nationalitätenkampf neue Nahrung finden und ein nationaler Friede niemals hergestellt werden können.“ Aber ganz besonders wollen wir für heute festhalten, was in seinen Ausführungen allgemeine Zustimmung fand und von den Vertretern der verschiedenen Nationen ebenfalls noch unterstrichen wurde: „Die Aufgabe der Sozialdemokratie ist es nur, den Weg anzudeuten, der aus dem jammervollen Zustande, in dem wir uns befinden, herausführt, die Richtung anzugeben, in der die Entwicklung vor sich gehen muß, wenn wir zu einem Staatszweck gelangen sollen, in dem dem Proletariat die Möglichkeit geboten wird, seine Kraft vollständig zu entfalten und den ihm zustehenden Einfluß voll und ganz zur Geltung zu bringen.“

war's als hätte er endlich seine Heimat gefunden. Und überflüssig war er hier nicht.

Im Dorfe aber lud sich ein Gerede. Und wie das nun einmal ist, es wurde desto häßlicher und spiziger, als man eben diesem Mädchen bis dahin nicht das mindeste hatte nachsagen können, als sein Lebenswandel für manch eine ein Vorwurf war. Nun aber war die ganze Wahrheit ans Licht gekommen; der Scheffel, darunter man sie versteckt, hatte selber Feuer gefangen. Sie war niemals besser gewesen als andere. Nur eben hinterlistiger und scheinheiliger. Alle Scham hatte sie von sich geworfen. Sie war sich eben gut genug, um es mit dem Haberladen zu halten, dem schlechten Lumpen, von dem das letzte Mädel im Ort nichts hätte wissen wollen, und dem sie nun zuhelt, um allen zu zeigen, wie so gar nichts ihr an ihnen liege, wie gleichgültig sie ihr waren; die schlechte und verworfene Person die!

Als die Ruzena Capel diese Redereien zuerst zu Ohren kamen — unmittelbar zugetragen natürlich, voll lebhaften Eifers und redlicher Besorgnis um ihre Ehre und verbrämt mit den schönsten Redensarten, wie niederträchtig die Menschen seien, die sich nicht schämten, so etwas gegen sie in den Mund zu nehmen und es doch weislich nicht einmal glauben! — da lächelte sie, daß ihre Zähne spitz und blank schimmerten.

Ja, sie waren ihr neidisch! Um ihren Wohlstand, um ihre Makellosigkeit, die ihr gestattete, nach niemanden Meinung zu fragen, zu tun, was ihr gefiel, um ihre Unabhängigkeit, um alles.

Und weil sie heuchelten, durch die Haut, und die Augen verdrehten, so wollten sie sich an ihr rächen, die dertel niemals nötig gehabt und zogen sie mindestens in ihren Neben in den gleichen Schmutz, ohne den sie nicht leben konnten. Das andere Mal aber, da man ihr mit dem

Wie auf die heutigen Verhältnisse gemünzt scheinen diese Worte und auf welche Abwege sind einige Genossen geraten, für die sie Mahnung zur Besinnung sein sollten.

Wo sind jene Zeiten, von denen uns Genosse Nemez in der Debatte erzählt: „Die tschechischen Genossen haben durch ihre Erklärung gegen das Staatsrecht das Tischrecht zerschneiden,“ und hat er seine Charakteristik der Bourgeoisie vollständig vergessen, die in seinen Worten liegt: „Die deutsche Bourgeoisie ist marastisch, feil, machtlos, die jungtschechische ist geldgierig, brutal, rücksichtslos!“ Und in seiner Antragbestimmung „Österreich kann nur bestehen als demokratischer Nationalitätenstaat, ausgebaut auf den Prinzipien ehrlischer Gleichberechtigung. Die nationalen Minderheiten sind in ihren nationalen Bestrebungen und Bedürfnissen durch ein besonderes Reichsgesetz zu schützen,“ sehen wir das Wort „Tschechoslowakei“ statt „Österreich“ und fordern ihn und seine engeren Freunde auf, diesen von ihm stammenden Antrag zur Durchführung zu bringen. Ein gut Teil Macht dazu und die moralische Verpflichtung hätten sie, ebenso die Unterstützung der deutschen Sozialdemokraten. Er sagt doch selbst: „... als Sozialdemokraten müssen wir trachten, so viel Einfluß zu gewinnen, um jene staatlichen Formen zu erzwingen, in denen die Entwicklung der Arbeiterschaft am wenigsten behindert wird.“

Ueber Antrag des tschechischen Genossen Krapf aus Wien wurde die Resolution einstimmig angenommen, was feierlichen Beifall bei allen Kongreßteilnehmern und begeisterte Hoch- und Ragdar-Rufe auslöste.

Seitdem ist eine kleine Welt aus den Fugen gegangen, Börsen ist ein selbständiger Staat geworden, in dem ebenfalls nationalistische Minderheiten wohnen und unsere tschechischen Genossen von damals sind zu großem politischen Einfluß in diesem Staat gelangt. Da drängt sich uns die Frage auf: Haben die vor 22 Jahren gesprochenen Worte von den Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie, die Wege zur ungehinderten Entwicklung des Proletariats aller Nationen zu ebener, heute noch Geltung oder nicht? Wir glauben fest daran, für uns sind diese Worte ein Evangelium und auch für die große Menge der tschechischen Arbeiter, in denen der Gedanke des Internationalismus nur schlummert und mit der Zeit wieder zum Erwachen kommen wird. Warum darauf warten, anstatt es zu beschleunigen, damit die großen Aufgaben des Proletariats auch dieses Staates ungehemmt einer raschen Lösung zugeführt werden können.

Erinnerungen mahnen zur Einsicht und je früher diese vor sich geht, desto besser für das in nationalem Kampfe sich ermüdende Proletariat. Die Kraft dazu kann nur geschöpft werden aus den unbefriedigten Ideen des internationalen Sozialismus, die Entwicklung fördert über uns hin, die Ideen bleiben bestehen.

F. K.

## Genossen! Werbet für Euer Zentralorgan!

gleichem kam, wurde sie nachdenklich. Endlich erwachte eine zornige Betrübnis in ihr. Denn allenthalben meinte sie spöttische Blicke zu verspüren, die sie eben nicht vertragen. Denn sie war niemals gewöhnt gewesen, also angesehen zu sein.

Und überdies schlich ihr der Wojtech doch nach, wie ein abgerichteter Hund, der von seinem Herrn keinen Schritt weicht.

Das war ihr verdrießlich genug. Aber sie wußte nicht, wie dem ein Ende machen. Und das kostete sie Nachdenkens genug. Ihn fortweisen? Aber er hatte nichts angestellt, war ihr nützlich, und sie hatte am Ende allen einen Dienst erwiesen, indem sie ihn auf den guten Weg brachte, der ihnen sämtlich so lang ein Aergernis und ein Stein des Anstoßes gewesen war.

Ober verargte man ihr am Ende das? Brauchte man immer und überall einen Sündenbock? Damit man sich vor seinem Anblick segnen und in der eigenen Zughastigkeit fühlen kann? Und daß man nunmehr mit dem Wojtech keinen Anlaß dazu hatte, konnte man ihr das nicht verzeihen? Auch dieses war möglich, wahrscheinlich sogar, weil's so gemein war.

Und sie fühlte in tiefer Brust eigentümlich ohne es zu wollen, hatte sie ein gutes Werk begonnen. Und sie gab das weder mehr auf, ob sie es als nutzlos gewagt erkannte oder es vollendet war, noch ließ sie's sich verkommen. Ueberhaupt, seit wann blieb Ruzena Capel auf halbem Wege stehen, nur weil ihr der oder ein anderer zweifelnd und schadenfroh nachschielte? Konnte der Wojtech nicht so als Mittelbinde von Knecht und Schaffner auf dem Bock bleiben, der groß genug war, um einen zu vertragen, ja zu gebrauchen, dann mußte eine andere Art gefunden werden, ihn da festzuhalten, daß niemand mehr an ihm mäkeln konnte.

## Volkswirtschaft und Sozialpolitik. Wirtschaftliche Mobilisierung

Mobilisierung und Krieg galten in den Zeiten, als der Großvater die Großmutter nahm, und seither bis zum Jahre 1914, als eine ausschließlich von zünftigen Militärs zu lösende Aufgabe. Wenn auch schon vor dem Weltkrieg, beispielsweise im Jahre 1870, erkannt wurde, daß die Mobilisierung insolge des Wachstums der Heere ins Riesenhafte gleichzeitig zu einem verkehrstechnischen Problem herangewachsen war, erst dem gewaltigen Völkerringen war es vorbehalten, in alle Bevölkerungsstufen das Bewußtsein zu tragen, daß ein Krieg von heute ein ungeheures Wirtschaftspröblem ist, welches gebieterisch auch die unscheinbarste ökonomische Regelung bedarf. Diese Tatsache, nicht nur rechtzeitig erkannt, sondern auch durch eine Tat zu einer Zeit, da die sogenannten Verantwortlichen durch kindischen Selbstbetrug das eigene Gewissen einzulullen versuchten, bejagt zu haben, ist das Verdienst Walter Rathenaus.

Es scheint, daß unsere Regierung diese primitive Weisheit vergessen hat und die unerkennbaren Warnungszeichen — es genügt, die beginnende Panikerei zu erwähnen — leichtfertig in den Wind schlägt; von dem Verbote der Lebensmittelzufuhr abgesehen, besteht ihre Leistung auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Mobilisierung in — einer Rede des Ernährungsministers Erba. Noch ist es Zeit, die Einfuhrzölle für sämtliche Lebensmittel und sonstige unerläßliche Bedarfsartikel aufzuheben, noch ist es Zeit, die finanziellen Mittel auf dem Wege der direkten Besteuerung aufzubringen und den Schritt des Finanzministers, das Kontokorrentdarlehen bei den Banken, das nur eine schlecht verstandene und nicht einmal neue Spielart der Inflation ist, einen Fehler sein zu lassen, den man einmal macht und nicht wieder. So berechtigt auch die Skepsis ist, mit der man empfindlichen Strafen, für Wucher und Kettenhandel gegenübersteht, durch Straflosigkeit darf das Schieberium nicht ermutigt werden.

Die Regierung scheint noch eine zur wirtschaftlichen Mobilisierung gehörende Kleinigkeit vergessen zu haben und es wäre sehr verdienstlich, wenn der Minister für soziale Fürsorge seinen Ministerkollegen diese Kleinigkeit in Erinnerung bringen würde. Schutzmaßnahmen für die Mehrheit der Bevölkerung, für die Mehrheit der Eingekerkerten und ihrer Angehörigen, für die Arbeiterklasse. Auch die Unterhaltungsbeiträge dürfen nicht ein derart beschämendes Kapitel werden, wie im alten Österreich, sie müssen dauernd der Preislage angepaßt bleiben und sie dürfen für die Anspruchsberechtigten nicht zu einer Quelle fortgesetzter amtlicher Schikanen werden. Auch die nicht und die noch nicht Mobilisierten haben ein Recht darauf, vor den Folgen der durch die Mobilisierung eingeschränkten Erwerbsmöglichkeit durch ein Verbot der Aussperrung und durch ein Verbot der willkürlichen Entlassung geschützt zu werden und höchste Zeit ist es mit dem aufreizenden Unterschiede zwischen Mannschaftslöhnung und Offiziersgage zu brechen.

Er schlich doch auch so gedrückt herum; immer hinter ihr, immer, als empfinde er, sie sei sein einziger Halt. Das war eigentlich widerwärtig und rührte sie dennoch wiederum.

Ihn selber zu befragen aber fiel ihr nicht einmal ein. Denn ihr war, als könnte sie über ihn verfügen. Daß er das Glück ausschläge, welches sich ihm bot, wäre nicht nur ihr undenkbar erschienen.

Wie die Ruzena gewohnt war, durch ihr ganzes Leben alles mit sich allein abzumachen, ohne jeden Berater, desto mehr für sich, weil dies sonst so gar nicht Weisheit ist, so hielt sie es auch diesmal, wo allerdings der Wille eines anderen sehr in Betracht gekommen wäre.

Kein Wort von Liebe hatten sie gesprochen, keinen Beweis von Härtlichkeit getauscht. Am Sonntag aber, nach der Messe, schritt sie stads in die Deckantei. Sie blieb ziemlich lange darin; ein Beweis, daß der Deckant allerdings Bedenkllichkeiten hatte und ihr nicht vorentschießt. Sie hörte nicht darauf, weil niemals, wenn ihr etwas notwendig dünkte; beharrte, sie sei großtätig und erfahre genugia, zu wissen, was ihr fromme und zustehe. Da sie herumirrt, stand natürlich der Wojtech vor dem Gastor, hatte das eine Auge zugekniffen und Klingelle mit dem anderen wie ein vertrauter Vater die Sonne an. Sie gab ihm einen aufmunternden Buss: „Geh hinauf, Wojtech, zum Herrn Deckanten, und küß ihm die Hand. Wir heiraten uns...“

Oft und oft, in schlümmen und einsamen Stunden, hat die Ruzena hernach jener Verlobung gedacht.

Sie war nicht aufgebüßt, wie eine Blume ihre Knospe sprang; aus dem Bedürfnis nach Sonne und über ihre Leiden.

(Fortsetzung folgt.)

Die Kosten der Mobilisierung. Unter diesem Titel brachten wir gestern eine Notiz, in der ein sinnstörender Druckfehler unterlaufen ist. Der betreffende Satz soll richtig heißen: Wir fürchten sehr, daß dem Nationalverteidigungsministerium mit dem Essen der Appetit kommen wird und daß es sich mit den in den Rechnungsbilanzen für das heurige und nächste Jahr veranschlagten Summen nicht begnügt, sondern die Mobilisierung dazu benützen wird, Ausgaben zu machen, die ihm sonst vom Parlament nicht bewilligt worden wären.

Die staatliche Lebensmittelversorgung gesichert. Amtlich wird u. a. verlautbart: Die Regierung konstatiert, daß die Vorräte an Getreide, an Mehl, Fleisch, Fett und anderen Lebensbedürfnissen in der Republik in solcher Menge vorhanden sind, daß alle Befürchtungen ausgeschlossen sind. Die staatliche Versorgung mit Brot und Mehl ist auf lange Zeit hinaus gesichert und auch die Fertigborrate an Mehl sind genügend. Die Anforderungen der Armee sind bereits heute gedeckt. Eventuelle örtliche Schwierigkeiten können bei dieser Sachlage immer rasch behoben werden. Jeder Wucherer mit Lebensbedürfnissen wird mit allergrößter Strenge verfolgt und die Schuldigen nach der ganzen Schwere des Gesetzes bestraft werden. Es liegt an der Bevölkerung, den Behörden Fälle von Wucher zur Anzeige zu bringen.

Handelsvertragverhandlungen werden in der nächsten Zeit mit mehreren Staaten stattfinden. Ende November oder Anfang Dezember wird es — wie die „Tribuna“ schreibt — zur Revision des französischen Vertrages kommen. Mitte November werden die Handelsvertragverhandlungen mit Deutschland fortgesetzt werden, die bestehenden Verträge werden ergänzt werden. Mit Oesterreich verhandelt man bereits über die Marlegung der Bestimmungen betreffend die Ein- und Ausfuhr. Mit Griechenland sind die Verhandlungen bereits vorgeschritten und auch mit Spanien wird seit einiger Zeit verhandelt. Mit Polen wurde bekanntlich ein Teil des Vertrages bereits unterschrieben.

Deutscher Bergbaubetriebsrätekongreß. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands beruft auf den 6. und 7. November den ersten Reichsbetriebsrätekongreß für den Bergbau nach Magdeburg ein. Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte: 1. Die Wirtschaftslage Deutschlands. Referent: Otto Hue. 2. Aufgaben und Tätigkeit der Betriebsräte im Bergbau. Referent: Albert Martini. 3. Betriebs- und Wirtschaftsdemokratie. Referent: Rich. Wolb. 4. Schlichtungsordnung und Tarifvertragsgesetz. Referent: Paul Umbreit.

Japanisierende gewerkschaftliche Ziffern. Wie wir den Mitteilungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes entnehmen, hatte diese Gewerkschaftszentrale Ende 1920 8.025.682 Mitglieder, was gegen das Vorjahr einen Zuwachs von 688.205 Mitgliedern bedeutet. Die größte Gewerkschaft ist der Metallarbeiterverband mit 1.647.916 Mitgliedern. Die Gesamteinnahmen des Verbandes betragen 747.114.430 Mark, die Ausgaben 542.814.815 Mark. — Die Mitteilungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam veröffentlichen gleichzeitig eine Statistik, aus der hervorgeht, daß die Anzahl seiner Mitglieder am 1. Juli 1921 23.907.059 betrug.

### Aus der Partei.

#### Gegen die Reaktion und Kriegsgefahr.

Mährisch Schönberg.

Mittwoch, den 26. Oktober nahm die Schönberger Arbeiterschaft und ein sehr großer Teil der sonstigen Bevölkerung in einer überfüllten Versammlung zur Mobilisierung Stellung. Die Stimmung war sehr erregt. Besonders die jüngeren Elemente waren über den Zwang, nach den kaum überwundenen und noch gar nicht vergessenen Leiden des Krieges, wieder einrücken zu müssen, sehr erbittert. Die bürgerlichen Parteien machen es sich, wie wohl überall, sehr bequem. Sie geben über ihre Haltung keine Rechenschaft, lassen ihre Leute ganz ohne Verhaltungsmaßregeln und so waren zahlreiche bürgerliche Elemente in die Versammlung gestürzt in der Erwartung, daß ihnen die sozialdemokratische Arbeiterschaft die Axt an den Hals halten werde.

Das Referat erstattete Gen. Dr. Margner. Er wurde, als er das ungarische Gewaltregiment der Gorthybanden schilderte, die ständige Bedrohung aller freibeitlichen Errungenschaften durch die Reaktion erörterte, von den bürgerlichen Teilnehmern oft unterbrochen, die fortwährend riefen: Das geht uns nichts an, das sollen sich die Ungarn selbst richten. Der tief reaktionäre Charakter der bürgerlichen Denkart war seiner Darlegung zugänglich. Und als über die politische und wirtschaftlichen Folgen der Mobilisierung, des Kriegsdienstleistungsgesetzes, über alle Bedrängnisse, welche jetzt über die Volkswirtschaft hereinbrechen werden, da waren sie wieder da: „Nichteinrücken, Generalstreik!“ riefen sie, dieselben

Leute, welche noch nie ein Opfer für andere gebracht haben, wollten, daß sich andere für sie verbüßten. Die Arbeiterschaft selbst, das zeigte die Versammlung und die Tags vorher abgehaltene, zahlreich aus allen Betrieben besuchte Vertrauensmännerversammlung hatte für die Stellungnahme der sozialdemokratischen Partei volles Verständnis und besonders der Appell des Referenten, keine Hurrahstimmung aufkommen zu lassen, fand lebhaftige Zustimmung, desgleichen die Forderungen nach Reformierung des Gesetzes über den Unterhaltsbeitrag, der Sicherung der Arbeitsstellen für die Eingerückten, des Kampfes gegen Teuerung und Wucher und der Sicherung der Ernährung. Auch hier ist schon förmlich über Nacht eine Preissteigerung eingetreten und Händler, Bauern, Kaufleute wollen die Mobilisierung zur Preisverbrei benützen. In dem Kampf gegen diesen Wucher wird, das zeigte auch die diensttägige Sitzung der Gemeindevorstellung, die Arbeiterschaft wie zur Zeit des Krieges allein bleiben.

Als zweiter Redner meldete sich der Kommunist Schmerda. Wenn seine Ausführungen wirklich im Sinne der kommunistischen Partei gehalten wären, so wollen die Kommunisten jetzt eine Hurrahstimmung erzeugen, wie die Christlichsozialen im Jahre 1914. Wir werden einrücken, wir werden Propaganda machen, wir werden die Waffen, welche man uns in die Hand gibt, nicht eher aus der Hand geben, bis es anders geworden ist. Hätten die Sozialdemokraten im Jahre 1918 so gehandelt, so hätten wir heute schon den Sozialismus. Es ist natürlich sehr leicht, mit solchen Redensarten Beifall hervorzulocken, aber ein solcher Redner nimmt eine furchtbare Verantwortung auf sich, wenn solchen Verheißungen nicht wirklich die Erfüllung folgt.

Ein christlichsozialer Redner brachte große Erbitterung in die Versammlung. Nicht Mobilisierung sei nötig, sondern Völkerveröhnung und daß Tausende in Ungarn hingerichtet wurden, bedeutet heute nichts, das seien doch Juden. Ihm wurde von der Arbeiterschaft und von Gen. Alliger die verdiente Lektion gegeben. Gen. Alliger erinnerte an das Benehmen der Christlichsozialen im Kriege, wie die Geißelheit aller Nationen die Waffen gesegnet habe, so war ihre Völkerveröhnung. Die Versammlung war als Spiegelbild der an der Bevölkerung vorhandenen Stimmung sehr lehrreich. Sie bewies die Enschlossenheit, sich nicht für imperialistische Ziele des tschechischen Nationalismus mißbrauchen zu lassen.

#### In Braunau.

Der sozialdemokratische Wahlverein für Braunau hatte für Donnerstag den 26. Oktober eine öffentliche Versammlung mit dem Thema „Die Blutschuld der Habsburger und ihre Bestrafung“ an die Herrschaft zu gelangen, einberufen. Die Versammlung war von mehreren Tausend Personen besucht. Genosse Weller leitete der Versammlung auseinander, daß der Versuch Karl Habsburg in Ungarn auf den Thron zu kommen, den Auftakt zur monarchistischen Eroberung der Republik Oesterreich und Deutschland bedeute. Trotzdem das heutige System in der Tschechoslowakei keineswegs unseren Wünschen entspricht, ist doch in der Republik der Boden für die Schaffung einer wirklichen Demokratie gegeben. Durch ein einziges Vorgehen des Proletariats wird es gelingen, diese Republik zu einer wahrhaft demokratischen zu machen. Es müssen also die reaktionären Bestrebungen mit aller Kraft abgewehrt werden. Wenn auch die Mobilisierung angeordnet ist, so bedeutet das doch keineswegs den Krieg. Das Proletariat muß aber darüber wachen, daß es nicht von der Reaktion zu unlauteren Zwecken mißbraucht werde.

Als zweiter Redner sprach der Kommunist Kolec aus Maschendorf. Er schloß sich den Ausführungen des Gen. Weller an. Auch er warnte die Arbeiterschaft vor dem Mißbrauch zu imperialistisch-kapitalistischen Interessen. Die Bewaffnung der Arbeiterschaft sei der beste Weg zur Niederwerfung jeder Reaktion.

Gen. Kambauer führte infolge einiger Zwischenrufe aus: „Die können nicht verlangen, daß hier die Parole ausgegeben wird: „Rücken Sie nicht ein!“ weil dies die sofortige Inhaftierung zur Folge hätte. Aber wachen Sie darüber, daß Sie nicht mißbraucht werden. Wenn jeder die Situation richtig erfährt, wird es diesmal sicher nicht zum Blutvergießen kommen.“ Es muß erwähnt werden, daß kontroversionäre Elemente die Versammlung zu stören und in die Reihen der Arbeiterschaft Verwirrung zu tragen versuchten.

#### Zum internationalen Jugendtag.

Das Exekutivkomitee der internationalen Arbeitergemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen hat in diesem Jahre den 30. Oktober zum Tag seiner internationalen Demonstrationen bestimmt. Das Komitee verwendet einerseits, dem wir folgendes entnehmen:

Der internationale Jugendtag, den wir am kommenden Sonntag feierlich begehen, soll ein machtvolles Bekenntnis der Arbeiterjugend zum revolutionären Sozialismus sein.

Wir wollen am internationalen Jugendtag auch Stellung nehmen zu all den reaktionären Urtrieben, die neuerdings der Frieden Europas zu erschüttern und die zarten Fäden der Völkerverständigung wiederum zu zerreißen drohen. Wir wollen aber auch für unsere wirtschaftlichen Forderungen demonstrieren. Noch arbeiten viele hunderte jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen, Lehrburschen und Lehrmädchen täglich mehr als neun und zehn Stunden. Der Achtstundentag ist insbesondere für die Lehrlinge nur ein schöner Traum. Heraus mit ausreichendem Jugendschutz und mit der Gewerkschaftsreform, für den Sechsstundentag und der Staatslehrwerkstätten wird die Parole unseres Jugendtages sein. Neuerdings machen allorts unsere Ausbeuter den Versuch, den Abend- und Sonntagsunterricht wieder einzuführen. Aus den Versammlungen am Jugendtag mögen jene Quertreiber erkennen, daß die Arbeiterjugend willens ist, mit allen Mitteln die gesetzlich verbrieften Rechte der Lehrlinge zu verteidigen. Der internationale Jugendtag wird auch ein Werktag sein. Noch stehen Tausende Arbeiterburschen und Arbeitermädchen uns gleichgültig gegenüber. An ihnen wird es liegen, sich uns anzuschließen, die Macht der sozialistischen Jugend zu verstärken. Unseren Parteigenossen und Genossinnen rufen wir aber zu: Väter, Mütter, wollt ihr, daß euere Söhne und Töchter dem Heiligsten das ihr kennt, der Befreiung der Arbeiterklasse indifferent und stumpf gegenüber stehen, während bereits Tausende junger Burschen und Mädchen sich um das Banner des Sozialismus scharen, unter dem auch die Arbeiterjugend siegen und ihre Jugend um die sie vom Kapitalismus betrogen wurde, zurückerobert wird. Schickt daher am Sonntag euere Söhne und Töchter zu uns, zur sozialistischen Jugend.“

#### Kunst und Wissen.

„Der Herr Minister“. Komödie von Paul Schirmer. Gastspiel Max Ballenberg. Eine Satire, eine politische Satire! Solch ein Ding darf scharf sein bis zur blutigsten Ironie, bis zum megalomaneischen Haß und trotzdem wird es dem Angeregten selber den ehrlichsten Spah bereiten, wofern er nur sein eigenes Können im Brennspiegel eines überlegenen Geistes, des funkelnden Witzes und der größten Originalität verzerrt sieht. Sokrates mag vor der ihn selbst verhöhnen Komödie des Aristophanes der heiterste Zuschauer gewesen sein. Wehe aber, wenn Aristophanes Sokrates und Pantoffel anzieht und als klein geistiger Philister eine große, weltbewegende Idee, wehe also, wenn Herr Paul Schirmer den Aufstieg des Sozialismus zur politischen Macht verspottet! Nicht, daß er die Sozialdemokratie beleidigen würde, im Gegenteil. Sein Alexander Babelow ist ein prächtiger, biederer Mensch, nur taugt er gar nicht zum Unterrichtsminister, als den ihn die Partei in die Regierung entsendet, und es dauert auch nur 24 Stunden, bis er und mit ihm die gesamte Sozialdemokratie zur Erkenntnis der erschütternd neuen Wahrheit gelangen, daß jeder Schuster bei seinen Weiten bleiben soll. Schirmer's Unfähigkeit zum Satyriker leuchtet weniger aus dem hervor, was er echt bourgeoismäßig verneint, daß nämlich ein aus dem Volke aufgestiegener Mann bisweilen zum Ministeramt weit besser taugt als die schon in den Windeln Ministerweisheit lullenden Gräfelein. Seine ganze Unfähigkeit spricht erst aus dem, was er bejaht. Diese Bürokratenstube im zweiten und erst die Schulkasse im dritten Akt, wo moderne „Pädagogen“ ein halbes Duzend Mädchen zu schmuckhaften Schwätzerinnen und Klugschmuserinnen erziehen, stempeln um des feierlichen Erstes willen, mit welchem da Albernheiten als Ideal verzapft werden, die lendenfahne Satire zum erdummen Pamphlet. Die Darsteller dieser Szenen waren in klippiger Sentimentalität und im östlichen Pathos ihrer hohen Aufgabe durchaus würdig, die komische Seite war durch Babelow's Frau Silda Pittschau weit besser vertreten und köstliches bot Max Ballenberg's „Minister“. Er schälte aus dem Rüst des Trübsal und Verlogenen einen Menschen heraus, man sah, wie dieser Babelow eine ungeahnt schwere Aufgabe leichtemut übernimmt, wie die Part auf seinen Säulern immer schwerer und schwerer drückt und wie sich aus Parteiphrasen, Eitelkeit und tauberer Ehrlichkeit gegen sich selbst endlich der Entschluß löst, der traurigen Ministerkomödie ein Ende zu setzen. Den Humor, welcher immer in dem Mißverhältnis zwischen Wollen und Können liegt, arbeitet Ballenberg ebenso restlos heraus wie den inneren Kampf, kurz, es wäre ein hoher Genuß gewesen, seinen Minister anzuschauen, wenn — nun, wenn es eben nicht Schirmer's „Herr Minister“ gewesen wäre. A.

Hierles volkstümliches Sonntagskonzert. Heute halb 4. Produktionsbüchse. „Hellerer Kunst- und Volkstheater“, Kommerzienrater Hans Nädler und Dr. Julius Ehrlich. Die entzückende, auch kritische Mittel nicht verschmähende Produktionen Nädler's verübt dem Publikum zwei Stunden köstlichen Humors. Die „Pieder im Rastan“ von Gotha Bähler sind für Produktionen. Köstliche Karten von 2 5-12 und Steuer ab 3 Uhr an der Kommerzkasse.

Geistlich Feine-Abend, veranstaltet von der Gruppe Prag des Zentralverbandes der Handels- und Industrieangestellten, findet am Samstag, den 3. November, um 8 Uhr

abends im „Urania“ statt. Programm: Vortrag über Genetik. Referent: Dr. Friedrich Adler. Regitationen: Herr Otto Soltan und Herr Trude Adler. Vorträge: Herr. Die Kieppner und Herr Doktor Masha, vierbezügliche Prof. Konrad Wallerstein. Der Reingewinn der Veranstaltung fließt dem Unterstützungsfonds für stollenlose Angestellte zu. Kartenverkauf im Sekretariate des Zentralverbandes, Dbernalla Nr. 7.

Erster „Anstalt“-Vortrag. Prof. Dr. Doktor Die: Der Tanz. Der berühmte Kesselfeiler Prof. Die, einer der glänzendsten Köpfe Deutschlands und Herausgeber der „Neuen Rundschau“, spricht Montag, den 7. November, in der Produktionsbüchse über den Tanz (mit Bildern und musikalischen Illustrationen am Klavier). Karten zu populären Preisen von 2 5-14 bei Wehler.

„Urania.“ „Menschenfelle und Tierfelle“ (Der Geist des Menschen und der Geist der Ameise). Wilhelm Boelsche in der „Urania“ Montag, den 31. halb 8 Uhr. B. hat eben in Brunn vor ausverkauftem Saale in bewährter Meisterhaftigkeit gesprochen. Köstliche Karten (auch heute) erhältlich Smetichogasse 22.

#### Turnen und Sport.

A. C. Sparta — A. F. A. Kolín 4:0 (1:0). Ein leichter Sieg des tschech. Meisters trotz zahlreicher Erfolge gegen die spielstarken Koliner, die ebenso wie Sparta den an zweiter Stelle der tschech. Meisterschaft stehenden A. F. A. Union Zizkov mit 2:0 besiegten. Tore erzielten Honer (2), Jernar Cermak und Schronob. Dies war das letzte Meisterschaftsspiel des A. C. Sparta, der in 11 Spielen 11 Siege, 2 Punkte und ein Torverhältnis von 48:7 erzielte.

Kuffia. (Telephon.) D. F. C. Prag — D. F. A. Kuffig 2:2 (2:0). Ligameisterschaftsspiel. Die Prager mußten ohne Hof antreten, der in letzter Stunde vom Verband gesperrt wurde.

Nepraj. Mannschaft C. Z. A. — Nepraj. Mannschaft S. S. 6:1 (Halbzeit 0:1 für Jugoslawien). Die C. Z. A. Mannschaft, bestehend aus Spielern der Sparta, Slavia und Viktoria errang einen sensationellen Sieg, trotzdem der Gegner in der ersten Halbzeit bereits 1:0 führte. Dem Vorkampf wohnten trotz schlechtem Wetter 12.000 Personen bei. Ein sehr guter Schiedsrichter war Boas (Holland). Tore erzielte Banik (4), Janda (2). Vier Goals hiebei wurden binnen sechs Minuten erzielt.

S. A. Slavia — Racing-Club de Strahouva 4:1 (2:0). Erstes Spiel um den Freiheitspokal. Die Slaviamannschaft bestand aus Spielern der Reserve und Old Boys.

A. F. A. Brjowice — Kufelsky Z. A. 1:1 (0:1) Freiheitspokal.

Städleumannschaft Jungbunzlau — Meteor Weinberge 3:3 (1:1).

Kroeschlach — C. A. F. A. 5:2 (2:1). Teplig. (Teleph.) Tepliger F. A. — Karlsbader F. C. 2:0.

Heutige Weltspiele: D. F. C. Prag: D. F. C. Prag — A. F. A. Union Zizkov. — Slavia-Prag: Demifinale Pokal S. A. Slavia — S. A. Slavia. — Viktoria-Prag: Demifinale Pokal Viktoria Zizkov — Molin. — Brjowice-Prag: Racing-Club de Strahouva — Kufelsky Z. A. A. F. A. Brjowice — S. A. Slavia.

D. F. C. Prag und A. F. A. Union Zizkov, welche diese Tage in Wien spielen sollten, mußten ihre Wiener Reise abjagen und spielen heute gegeneinander auf dem D. F. C. Prag. Dieses Spiel ist das Einzige auf dem Platzbedere und dürfte stark besucht sein. Union steht bekanntlich an zweiter Stelle der tschech. Meisterschaft.

Racing-Club de Strahouva sollte gestern gegen A. F. A. Brjowice spielen (Freiheitspokal). Doch wurde das Spiel infolge Regenwetters auf Dienstag verschoben.

#### Bereinsnachrichten.

Der Kulturanschuß, des Zentralverbandes der Handels- und Industrieangestellten unternimmt heute Sonntag nachstehende Exkursionen: Um 10 Uhr vormittags in das Anatomische Institut der Tschechischen Universität. Zusammenkunft um halb 10 Uhr Ode der Gersengasse und Raterins. Um 3 Uhr nachmittags in die Wälschbrader Kafeanten. Zusammenkunft um halb 3 Uhr vor dem Wälschbrader Rathaus. Gäfte willkommen.

#### An unsere Leser!

Bei unregelmäßiger Zustellung unseres Blattes ersuchen wir uns hiebei zu benachrichtigen, damit wir eventuelle Uebelstände beseitigen können.

Die Verwaltung.

Herausgeber:

Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strach. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

#### Mitteilungen aus dem Publikum.

### DFC.—Union Žizkov.

Heute 3 Uhr nachm. am DFC.-Platz.

Karten an der Kassa. 171

Genossen! Lebet die Annonce „Procha“, beachtet die Erfahrungen eures Parteigenossen. Verlangt Prospekt.

Die internationale Transportgesellschaft Plohn & Comp., Prag, Dlouha trida 41, ist modernst eingerichtet und kann daher für schnellste Expedition, im In- und Auslande Verfolgungen, Verladungen, sowie Einlagerungen und infanteste Bedienung garantieren

Internationale  
Transport-  
gesellschaft

# Plohn & Comp., Prag,

L. Diouhé II. 41. Gegründet 1859. Internationale und Übersee-Transporte, Zollabfertigung und Roiffuhrwerk, Lagerhäuser mit Gelseisanschluss, Kommission und Versicherung. Zweigstellen: Tetschen a. E., Laube, Bodenbach, Reichenberg, Gablonz a. Neisse, Stettin, Hamburg, Hagen in Westfalen. 186  
Telegraphenadresse: Plohn Speditours. Telephone: 264. 6417.

## 1/2 4 Théâtre Variété 1/2 8 Prag-Karlín.

Heute Sonntag 2 Vorstellungen.  
Zum vorletztenmale:  
**KOTKE**, der Komiker a. d. Fahrrad  
und das glänzende Oktoberprogramm!  
Morgen 1. Auftreten von **Kapitän  
Nansen** mit seinen 5 Seelöwen. 270

## BÖHMISCHE UNION-BANK

Eingezahltes Aktienkapital  
120.000.000 K.  
Reservefonds 64.900.000 K.

### FILIALEN:

Asch, Braunau i. B., Brünn, Frei-  
waldau, Friedek-Mistek in Schlesien,  
Gablonz, Graslitz, Hohenelbe, Jägern-  
dorf, Karlsbad, Königshof a. E.,  
Mährisch-Schönberg, Neutitschein,  
Olmütz, Prossnitz, Reichenberg,  
Rumburg, Saaz, Troppau.

### Telephon-Nr.

2006-2010, 6980-6984.

Kommandite in Wien:  
**ROSENFELD & Co.**

Durchführung aller  
bankgeschäftlicher  
Transaktionen. 1

## National

Kontroll-Kassen-Besitzern

offerieren wir in Original NRK-Qualität

Scheckrollen Nr. 1, weiss, 35 mm, KČ4—  
" 2 " 41 " 5—  
Kontrollstretten " 5 " 30 " 1-20  
" 6 " 38 " 1-50

Nur diese sind dem Mechanismus der Maschinen  
vollkommen angepasst, auf das peinlichste genau  
dimensioniert, nicht gestückt, sondern aus einem  
Stück von tadelloser Qualität. Reparatur-Abon-  
nement (Garantieverlängerung) zu billigen  
Preisen. Bestellungen nur direkt an  
**National Register Kassen,**  
Ges. m. b. H., Prag, Národní tř. 21.  
223

Mit Parteilegitimation 5% Rabatt!

## 'EPOCHA'

Ungeziefer-Isolierapparat.

Nach ärztlichem Gutachten die einzige  
hygienische Möglichkeit, von der Wanzen-  
plage wirklich befreit zu werden.  
Reiten Sie Ihr Haus, Wohnung, Möbel  
und Wäsche, aber vor allem Ihre nächt-  
liche Ruhe. 80

Filiale der Firma Walters.  
Gegründet 1857.

'Epocha' chem. Präparate und Apparate  
Prag I., Jakubská 4.  
Telephon 3458h.

Berufen Sie sich auf Abt. 'Apparate'.

Arbeiter, Parteigenossen!  
Verlangt in allen Lokalen, in  
denen ihr verkehrt,  
den 'Sozialdemokrat'.

## Mehlwürmer

per Schock 2 KČ liefert  
nur per Nachnahme nicht  
unter 10 Schock Josef  
Hampl in Neusattl  
531, b. Elbogen. 242

## Bürsten und Pinselzeugnisse

offerieren in garantiert  
bester Qualität Fabriks-  
niederlagen der Ver-  
einigten Gummkamm-  
fabriken, Besenfabrik  
Wrachowitz Kanzelei und  
Lager 256

Brüder Zappner

Prag V., Mikuláškova 25.  
Telephon 756.

## Kanafasse, Inlette, Matratzen

Gradi und Damaste,  
für Inland u. Export  
liefert billigst Chrono-  
ver Erzeugung von  
Leinen- und Baum-  
wollwaren 58

Viktor Prager,

Prag-II, Truhlářská  
ul. Nr. 21, nächst  
Repräsentationshaus  
Telefon 2252

VORNEHME HERRENSCHNEIDEREI NACH MASS  
AUS EIGENEN UND MITGEBRACHTEN STOFFEN

**MAISON LOUVRE**  
PRAG, NARODNI TRIDA 20

STETER EINGANG  
VON NEUHEITEN

TELEPHON:  
7863 468

ERSTKLASS. SCHNITT  
UND VERARBEITUNG

142

## Reisstrohbesen

Bürsten u. Pinselfabrik Herrmann & Co.

Prag, Soukenická 7.

In sämtlichen Konsumvereinen erhältlich. 253

Reserviert für:

**MERL & WEISS**

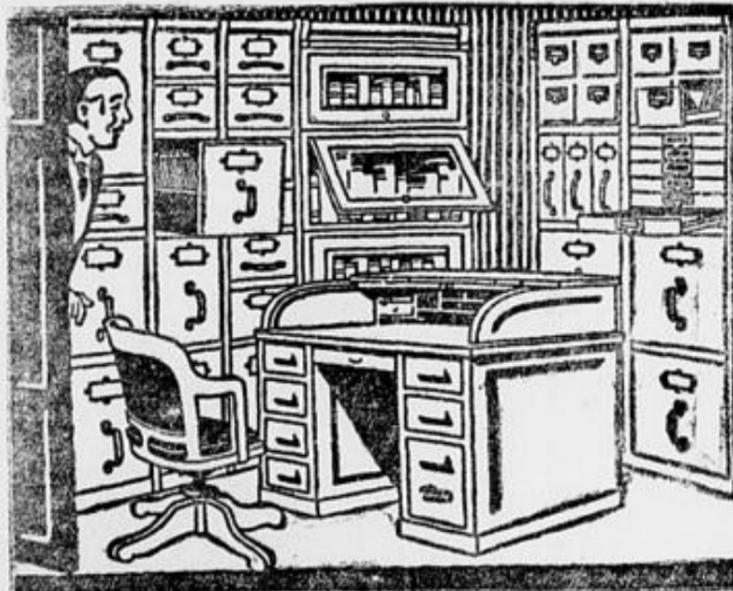
FACHMANN, BURO-EINRICHTUNGEN  
PRAG, NARODNI 23a.

141

## Ebermanns

Mundwasser — Zahnpulver  
das BESTE und BILLIGSTE zur  
täglichen Zahnpflege. 64

Erhältlich in Apotheken, Drogerien,  
Parfümerien und Konsumvereinen.  
Dr. Ebermann, Prag 619-I.



Wie ein Märchen ist die Arbeit bei unserer Büroeinrichtung. 170

**'Jerry',** Gesellsch. für Büro-Einrichtung, Prag II-1646

Telephon 3312. Vladislavova ul. Nr. 13. Telephon 3312

Wir erzeugen wieder feinste  
**Theemargarine „SANA“**

und vorzügliche

**Tafelmargarine „AXA“**

den besten, altbewährten Butterersatz  
der Neuzeit in Friedensqualität.

**Sana Ges. m. b. H., Prag-Bloubětín**

Půjčovní 2. 178

## Büro- und Geschäfts-Einrichtungen

amerik. Roll-Flachpulte, Registraturen, Kassen-  
Regale, Verkaufspulte, Gasthausmöbel etc. offer-  
tiert den p. t. Gewerkschaften und Genossen,  
schaften zu Vorzugspreisen 127

**A. Kominik, Prag II.,** Rennůvův G.  
Telefon 8514-7111.

## Verlangt

in Drogerien und Konsumvereinen

**'BRILANTOL'**

beste Kleiderstofffarbe. 14

## Kassen

feuersichere Bücher- und Dokumenten-  
schränke, Mauer-Safes und Kassetten  
liefert billigst renommierte Firma

**Friedrich Wiese, Hauptniederlage, Prag**  
Telefon 748 Senovážná ul. 2. Telefon 748

## Konsumvereine fährt nur

**Libaner Presshete**

Zentrale: Prag, Rybná ulice 13.

25 Fabrik: Liban.

## Sämtliche

**Druckaufträge**

übernimmt 98

Lidová knihtiskárna A. Němec a spol.  
(„Pravo Lidu“)

PRAG II, Hybernská 7. = Tel. 4999.

## Kanafase, Inlete!

in kompletten Breiten. Chiffone,  
Damaste, eigene Erzeugung von  
Arbeiterwäsche, ferner grosse Aus-  
wahl in aller Art Barchenten und  
Kleiderstoffen.

**Otto Taussig, Prag I., Dušní 1.**

Telephon 3039/VL.  
Persönlicher Besuch erwünscht. 175

GENOSSEN BESUCHET:

**ANTON BORO VAN**

Weinberge, Jungmannova 73

Erzeugung von Stroh- u. Filzhüten  
für Herren, Damen und Mädchen.

Umformungen und Reparaturen  
schnell und billigst. 79

# BERSON GUMMIABSÄTZE

BILLIGER ALS LEDER